

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 31 vom 6. August 1982

16. Jahrgang

1 DM

Prämien für Arbeitsplatzvernichtung?

Gehaltserhöhung für Manager — 25 Prozent

Die Topmanager der westdeutschen Industrie erhielten im letzten Jahr, als die Arbeiter zum ersten Mal eine echte Senkung des Reallohns hinnehmen mußten, Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 25 Prozent. So geht es aus einem jetzt veröffentlichten Bericht der Zeitschrift „Capital“ hervor. Daß es unter den Vorstandsmitgliedern der westdeutschen Aktiengesellschaften mindestens 200 Manager gibt, die allein an Gehalt jeweils mehr als 500 000 Mark beziehen, ist ein weiteres Ergebnis dieser Untersuchung, auch diese Zahl hat sich im letzten Jahr erhöht.

Fast 600 000 Mark bezog ein Vorstandsmitglied der AEG: Bei sieben Mitgliedern sind dies rund 4,1 Millionen Mark allein an Gehalt für diese Herren, die sich nur ein paar Mark weniger genehmigen als die Konkurrenz bei Siemens. Dort allerdings gibt es 22 Vorstandsmitglieder, was die Gehaltssumme für diese Truppe auf über 13 Millionen Mark im Jahr 1981 ansteigen läßt.

Die Chefs der Autofirmen aber sind die wahren „Renner“. Immerhin 912 000 Mark erhielten die acht Daimler-Benz-Vorstände im Durchschnitt, bei VW waren es pro Kopf 898 000 Mark. Ein Schnäpschen dürften sich die Herren des Thyssen-Konzerns genehmigen: 777 000 Mark sind kein schlechter Anlaß dafür.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Hinter dem ewigen „Ach und Weh“ der armen, armen Kapitalisten tauchen die Absahner auf. Daß 50 große Aktiengesellschaften allein für ihre Zentralvorstände mit Gehältern, Zulagen, Spesen und Dividendenanteile rund 400 Millionen Mark locker lassen, erscheint da nicht mehr überraschend. Daß bestimmte Familien des Großkapitals allein aus einer einzigen ihrer unzähligen

Beteiligungen nur für sich 30 Millionen Mark machen, wie es bei den Flicks bei Daimler früher die Regel war, auch dies paßt in diesen Rahmen.

In den Rahmen eines Bildes, das Ausbeutungslandschaft heißen könnte. Einer Landschaft in der diese Herren mit einem Federstrich Zehntausende auf die Straße werfen, selbst Millionen und Milliarden einsacken und dafür auch noch gebührend werden, von Presse und Fernsehen. (Siehe auch den Kommentar auf Seite 2.)

Die Banken verzeichnen Rekordgewinne, die Manager Rekordgehälter, die Großaktionäre der Monopole Rekorddividenden. (Es sei denn, der jeweilige Konzern leitet seine Gewinne als Zins und Tilgung an die Banken weiter, in denen oft genug die selben Leute sitzen, die diese Konzerne beherrschen.) Für die Arbeiterklasse zur selben Zeit ebenfalls „Rekorde“, das muß man feststellen, ohne in Rekordsucht zu verfallen: Arbeitslosenzahl, Lohnsenkung, Sozialabbau. Die „Goldenen Zeiten sind eben vorbei“, so will man den Arbeitern weismachen, wo doch deren allerbeste Zeiten bestenfalls leicht vergoldet waren,

während die Kapitalisten „Gold satt“ melden müßten, wenn sie es nicht verheimlichten.

Die Herren der großen Monopole, das Finanzkapital, tut alles, um die Folgen der Wirtschaftskrise, die immer tiefer wird auf den Rücken der werktätigen Menschen abzuladen und selbst noch daran zu verdienen. Und sie finden in den Bonner Parteien dabei die Vollstrecker einer solchen Politik. Wie und wieviel, das ist das einzige worüber man sich in Bonn streitet. Niemand stellt auch nur die Frage, ob es nicht auch ganz anders ginge: In einem echt sozialistischen Staat, in dem es keine Unternehmer mehr gibt. Aber auch keine verkappten Ausbeuter, die ihren neuen Reichtum von einer Militärdiktatur verteidigen lassen und sich dabei noch Kommunisten nennen. Oder aber auch schon heute, in diesem kapitalistischen System: mit einer Politik für die Werktätigen gegen die Reichen, statt stets umgekehrt. Die Reichen sollen die Krise bezahlen — dies ist keine utopische Losung, sondern die Politik, die eingeschlagen werden muß, wenn man die Arbeiterklasse vor dieser Krise schützen will, ihre Folgen mildern will.

Wie gefährlich sind Besatzungssoldaten?

Innerhalb weniger Tage verursachten ausländische Soldaten, die in der Bundesrepublik stationiert sind, dreimal große Unfälle, verursachten Tote und Verletzte und große Schäden. Sie sollen — laut der Bonner Propaganda — die Sicherheit der Bundesrepublik garantieren. Daß Atomwaffen, die von NATO-Truppen auf bundesdeutsches Gebiet gerichtet sind, dazu wenig dienlich sind, das spricht sich allmählich herum. Aber wie sieht es heute aus?

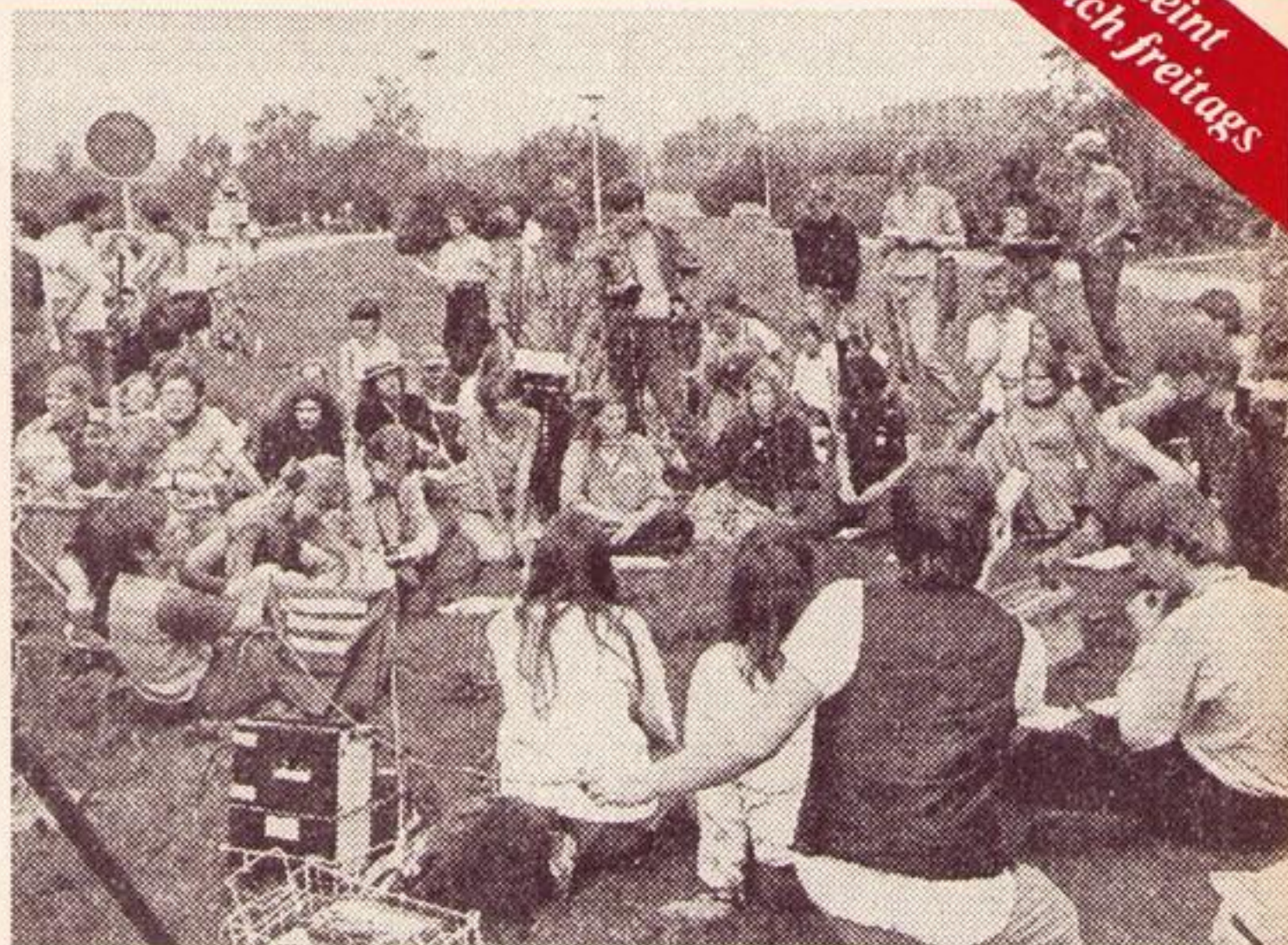
Ein kanadisches Flugzeug stürzt ab — Tote und Verletzte. Ein US-Soldat mit Panzer dreht durch und macht eine Amokfahrt durch die Innenstadt. Zwei britische Soldaten klauen einen Panzer für eine Spritztour und rammen einen Zug.

Drei Vorfälle, unterschiedlicher Art, die aber allesamt zu

einer inzwischen schon sehr langen List ähnlicher Vorfälle gehören. Wieviele Besatzungssoldaten sind eigentlich irre? Diese Frage wurde kürzlich in einer Rundfunkreportage gestellt. Und so abwegig ist sie nicht. Daß die britischen Soldaten der Rheinarmee bestimmt nicht zur Achtung anderer Länder erzo-

gen werden, das geht ja schon aus der Aufgabe hervor, für die sie hier auf bundesdeutsche Kosten gedreht werden: Den Krieg gegen die irische Bevölkerung. Für die US-Truppen, die den Weltherrschaftsanspruch durchsetzen sollen, gilt ähnliches. Und was Flugzeugabstürze angeht: Die Massierung von Waffen, zu denen eben die ausländischen hinzukommen, macht die Gefahr solcher Ereignisse eben ständig größer.

Die Besatzungstruppen sind also auch in Friedenszeiten, das zeigt sich immer dann, wenn solche Zwischenfälle massiert auftreten, eine Gefährdung.



Seit Sonntag: Blockade — des Atomwaffendepots in Großengtingen bei Reutlingen. In diesem Depot befinden sich Sprengköpfe für Lance-Raketen. Die Lafetten zum Abschuss hat das Bundeswehr-Raketenartillerie-Bataillon 250 — das Scharfmachen soll das 34. Field Artillery Detachment der US-Army übernehmen. Zielgebiet der Raketen (mit je 40 Kt TNT-Sprengkraft) wäre: Augsburg. Dagegen protestierten 750 Menschen mit der auf eine Woche angelegten Blockade. Bisher wurde mehrmals geräumt und wieder besetzt.

Waffenstillstand? — Für Begin ein leeres Wort

Soll Beirut in die Steinzeit gebombt werden?

Am letzten Montag, nur 36 Stunden nach der Übereinkunft über den achten Waffenstillstand, organisierte die israelische Überfallarmee erneut ein großes Bombardement der libanesischen Hauptstadt Beirut. Streubomben, von den USA an Israel geliefert, bedeckten den westlichen Teil der Stadt, in dem sich die palästinensischen Vertriebenen befinden.

Nach wie vor wirkt sich neben den regelmäßigen Bomberflotten und Artilleriebeschüssen durch Kriegsschiffe vor allem auch die Abtrennung der Stadt von allen Versorgungsmitteln in unmenschlicher Weise aus. Ohne Wasser und Strom, ohne Benzin und mit zerbombten Krankenhäusern, mit ganzen Straßenzügen voller Ruinen wird das Leben in der Stadt immer schwerer.

In Bonn weigerten sich in der letzten Woche Beamte des Entwicklungshilfeministeriums selbst unter diesen Umständen noch, in irgendeiner Weise auf die Forderung nach einem Stopp der allseitigen Hilfe, die die Bundesrepublik an Israel leistet, einzugehen.

Dabei ist — für Eingeweihte — die Tatsache längst klar: Ohne die Unterstützung aus Bonn und Washington kein israelischer Überfallkrieg auf den Libanon. „Amerikas Waffen und Deutsche Mark machen Beginns Killer stark“, das ist nicht nur eine Losung, die auf

Demonstrationen in der Bundesrepublik mitgetragen wurde. Das beschreibt auch die wahren Verhältnisse kurz und knapp. Rund zwei Milliarden Dollar betrugen die Waffenlieferungen der USA an Israel in diesem Jahr. Rund 200 Millionen die Bonner Finanzspritze dazu.

Trotz des enormen Aufwands und der Zerstörung großer Teile Beiruts aber, trotz großer Verluste: bisher gelang den israelischen Aggressoren der militärische Sieg nicht, während dieser neue Blitzkrieg politisch schon längst zu einer Niederlage für Begin Zionisten geworden ist: Weltweit erregt das menschenmordende Vorgehen Protest wie nie zuvor, findet der Kampf der Palästinenser um ihre Heimat zunehmende Unterstützung. Unsere Partei wird an dieser Solidaritätsbewegung weiterhin nach Kräften mitarbeiten. (Siehe auch Seite 10.)

Diese Verhältnisse zeigen sich auch daran, daß es Begin war, der sich gegen die Stationierung von UNO-Beobachtern aussprach, oder besser: ihnen

die Einreise nach Beirut verweigerte.

Offensichtlich mag man es im israelischen Lager nicht, wenn die eigene Vorgehensweise kontrolliert oder auch nur beobachtet wird.

Und nicht zuletzt zeigen dies auch die heuchlerischen Versuche der US-Regierung, sich vom israelischen Krieg abzusetzen — Reagans Schönreden sollen nicht nur Amerikas Urhebererschaft verdecken, sondern auch solche „banalen“ Tatsachen, wie, daß die Pläne des Herrn Habib in seinen Verhandlungen stets sehr deutlich den israelischen Zielvorstellungen nachempfunden sind.

Um so mehr müssen die Forderungen erhoben werden, die allein zu einer Bereinigung der Lage den Weg bahnen:

Sofortiger Rückzug Israels aus dem Libanon!

Stopp jeglicher Hilfe der BRD an Israel!

Anerkennung der PLO als legitime Vertretung der Palästinenser!



Raketenbeschuss forderte allein am vergangenen Sonntag 170 Todesopfer unter Palästinensern und Libanesen.

Kommentar der Woche

Wer etwas aufmerksamer Zeitung liest, dem fällt es in diesen Tagen wieder etwas deutlicher auf, in was für einem Staat wir eigentlich leben. Auf der einen Seite schreiben sie sich die Finger wund über die Notwendigkeiten der staatlichen Einsparungen — natürlich im Sozialhaushalt — über weniger Ansprüche — natürlich der arbeitenden Menschen — oder auch über das nötige Gewöhnen an niedrigere Einkommen.

Was daran besonders auffällig sein soll? Gar nichts, denn das ist heute Alltagskost, oft genug mag man es schon gar nicht mehr durchlesen. Oder zuschauen oder zuhören.

Besonders auffällig ist es, weil man es in diesen Tagen vergleichen kann, mit dem Leben der Reichen im Lande, mit — einem Teil — der Einkünfte dieser Leute, mit Bilanzen voller Rekordgewinne, mit ungeheuerlichen Subventionssummen. Drei Dinge seien als Beispiel genannt.

Lügenmärchen alle Tage

Zum ersten: Unter den Vorstandsmitgliedern der 50 bestbezahlenden Aktiengesellschaften der Bundesrepublik gibt es alleine 200 Manager, die ein Jahreseinkommen von über einer halben Million haben. Das ist, wohl gemerkt, das pure Einkommen. Rechnet man Spesen ein, rechnet man vom Betrieb verschaffte Steuervergünstigungen ein, rechnet man Aktienpakete mit jeweiligem Dividendenanteil ein, so kommt für diese 200 Topmanager, in deren Namen Zehntausende von Arbeitsplätzen gestrichen wurden, eine Summe von über einer Million pro Mann heraus, ziemlich genau überschlagen etwa 220 Millionen Mark für alle. Was eine Hochrechnung zuläßt, daß alleine diese 50 AGs ihren Sanierern rund 400 Millionen zufließen lassen. Dabei sind die Dividenden der Großaktionäre nicht mit eingerechnet.

Zum zweiten: „Rekordjahr für die Banken“ schrieben wir in der Schlagzeile der letzten Ausgabe des „Roten Morgen“. Dabei führten wir das Beispiel der Dresdner Bank an, sowie einer kleinen Tochter, der Deutschen Bank. Heute, eine Woche später liegen die Halbjahresbilanzen anderer Großbanken, etwa der Commerzbank und der Bayernhypo vor — ebenfalls Rekordgewinne, vor allem bei den Zinseinnahmen. Die erwähnten drei großen und die eine kleine Bank strichen alleine an Zinsgewinnen (ohne die ganzen anderen Einnahmequellen zu berücksichtigen, auch nicht das Übers-Ohr-Hauen der Kleinkunden) 1,5 Milliarden Mark ein.

Zum dritten: Die Zeitschrift „Konkret“ hat — lobenswerterweise — es einmal unternommen, die Baugeschäfte, die man auch gleich Abschreibungsgeschäfte nennen könnte, zu untersuchen, anhand einiger Beispiele in Westberlin. Sicher: Nur ein winziger Ausschnitt, der da in der letzten Woche an die Öffentlichkeit gekommen ist, aber dennoch: lehrreich. Ein Haus für umsonst, und das ganz ohne Lotterie — man muß nur genügend Geld haben. Beispiele, die in der Untersuchung angeführt werden: Baukosten 4 Millionen, staatliche Zuschüsse an die Bauherren — 6 Millionen Mark. Kein Druckfehler! Methode, unter vielen anderem: man sucht sich möglichst teure Zinsen, macht einen hohen Quadratmeterpreis, bekommt man hohes Mietgeld dafür. Die Latte wäre noch zu verlängern.

Drei Nachrichten also, die innerhalb einer Woche — in mehr oder minder großem Umfang — durch die Presse gingen. 18 Milliarden Mark, so rechnet man aus, wurden in Westberlin bisher insgesamt von Baulöwen abkassiert, aus der Steuerkasse. Da kommen ganz erhebliche Summen zusammen.

Aber Bonn spart woanders. Denn: Natürlich hat nicht nur Eugen Loderer sein Geld auf diese Weise in Berlin angelegt, sondern auch so mancher aus der Bonner Ministerriege. Und über die besonders engen Beziehungen gerade der Berliner Spekulanten zu den staatstragenden Parteien ist ja nun schon einiges Skandalöse ans Tageslicht gekommen. Und die größten Häuserbauer sind ja nun mal Versicherungskonzerne und Großkonzerne, die ihre Vertreter in der Regierung haben. Von der Unantastbarkeit der Bankgewinne in dieser Republik zu schweigen. Oder gar vom so hochbezahlten Unternehmerrisiko, das ja Staatsideologie bei uns ist. Schließlich hat Herr Dürr ja seine 600 000 Mark — ohne Nebeneinkünfte — verdient, wenn er das AEG-Risiko so schwer trägt, daß ganze Betriebsteile darunter zusammenbrechen.

Geld also wäre da, mehr als genug, aber es fließt eben in die Taschen und Tresore der herrschenden Kapitalistenklasse oder ihrer Firmen. Muß das so bleiben? Es wird auf die Arbeiterklasse ankommen.

Helmut Weiss

Bilanz der Arbeitsgerichte

„Man steht erst mal auf der Straße“

Zehn Jahre ist es jetzt her, als im Jahre 1972 das erneuerte Kündigungsschutzgesetz verabschiedet wurde. Es sollte, laut Bonner Propaganda, dazu führen, daß der Unternehmer keinerlei willkürliche Entlassungen mehr vornehmen konnte. So wurde es gesagt — aber dafür getan, einen solchen Anspruch, ein solches Versprechen auch zu verwirklichen, getan wurde nichts. Das beweisen jetzt veröffentlichte Erfahrungen aus den Arbeitsgerichten.

Die Bilanz ist eindeutig. Eine Forschungsgruppe am Hamburger Max-Planck-Institut machte sie folgendermaßen auf: Noch nicht einmal 6 Prozent der klagenden Arbeiter und Angestellten bekamen aufgrund der von ihnen angestrebten Arbeitsgerichtsprozesse das Recht, weiterhin am alten Arbeitsplatz arbeiten zu dürfen. Bezieht man noch jene Gekündigten ein, die es erst gar nicht versuchen, so kommt man auf ein Ergebnis, das alle Propaganda von sich aus widerlegt. Von 10 000 gekündigten Arbeitern und Angestellten, die im Jahre 1978 verfolgt wurden, erreichten ganze 71 die Weiterbeschäftigung, das sind 0,7 Prozent.

Dabei hatte es selbst für die beiden Standardgründe für Kündigungen, die ja auch oft genug vorgeschoben sind, bestimmte Schutzbestimmungen geben sollen: zu hohe „Fehlzeiten“ wegen Krankheit und Arbeitsmangel. Aber: Natürlich sollte den Unternehmern nie ihr

„Recht auf Kündigung“ genommen werden. Laut Gesetz dürfen die Richter — selbst wenn sie es wollten — unternehmerische Entscheidungen nicht beurteilen. Was heißt, wer Umsatzrückgänge und Auftragsmangel an-

gibt als Grund, der kommt damit allemal durch. Nur in eindeutig „unsachlichen und willkürlichen“ Fällen besteht theoretisch, eben vom Gesetzestext her, die Möglichkeit zu einem richterlichen Gegenurteil. Diese extreme Verwässerung macht es schlichtweg unmöglich, bei einer Klage mit einer solchen Begründung Recht zu bekommen, denn Gründe fallen den Unternehmern allemal viele ein.

Aber auch wer wegen Krankheit gekündigt wird, hat keine großen Chancen, obwohl da die Bestimmungen anders lauten.



Das Bundesarbeitsgericht — bekannt für seine arbeiterfeindlichen Urteile.

Eigentlich ist nämlich laut Gesetz eine Kündigung wegen Krankheit zwar durchaus erlaubt — was schlimm genug ist —, aber es sind „strenge Maßstäbe“ anzulegen. Die Berichte zeigen nun, daß diejenigen, die mehr als ein Fünftel der Jahresarbeitszeit krank waren, heute kaum eine Chance haben, einer Kündigung erfolgreich zu widersprechen. Und das sind weniger als 50 Tage im Jahr.

Hinzu kommt, daß natürlich der Ermessensspielraum, der den Richtern vom Gesetz gewährt wird, nahezu immer zugunsten der Unternehmer ausgeschöpft wird. So berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über einen Richter am Landesarbeitsgericht Hessen, der 12 Prozent Fehlzeiten wegen Krankheit für ausreichend zur Kündigung hält — das sind weniger als 30 Tage.

Die Erfahrungsberichte zeigen außerdem die klare Tendenz, daß sich das alles in den letzten Jahren verschärft, die Zahl der Kündigungen sowieso, aber auch die aus Gründen der Krankheit ganz extrem.

Einen Kündigungsschutz, so fassen die Autoren der Untersuchung zusammen gibt es in Wirklichkeit nicht, vor den Arbeitsgerichten werden in der Regel die Kündigungen beglaubigt, bestenfalls noch mit einem Trostpflaster, sprich Abfindung, verklebt.

Die Ursachen dafür aber werden selbstverständlich von den Autoren weder in diesem Gesetz zum Kündigungsschutz, das seinen Namen nicht verdient, gesehen, noch in der Haltung der Garde der Arbeitsrichter, die sich ja wohl die Welt an großen Schreibtischen besser vorstellen können als die an der Maschine, sondern in der „Überlastung“ der Gerichte.

Wobei dies in Wirklichkeit nur ein verschlimmernder Faktor ist. Und zwar insofern, als auch die wenigen Arbeiter, die Recht bekommen, gar nicht so lange warten können, bis die Instanzen durchlaufen sind — früher hatte man bis dahin schon neue Arbeit, heute müssen in wachsender Zahl Arbeitslose von der Versicherung leben.

Im Karlsruher Gesundheitsamt:

Skandalöse Interessenverfilzung unserer Staats(ver)diener

Korrespondenz aus Karlsruhe

Der Leiter Obermedizinalrat Dr. med. Pfannkuch und ein weiterer Amtsarzt Dr. med. Fetzner des staatlichen Gesundheitsamtes in Karlsruhe, dem u.a. die Aufgabe obliegt, die Lebensmittel- und Genußmittelbranche zu überwachen und zu kontrollieren, waren gleichzeitig in mindestens sieben Karlsruher Lebens- und Genußmittelbetrieben privat als Betriebsärzte tätig.

Jahrelang haben die beiden so ordentlich dazu verdient. Dr. Pfannkuch war bei der Brauerei Hoepfner, der Dr. Oetker GmbH, beim Dibona Markenvertrieb und bei Coca Cola, Dr. Fetzner beim Kodima Werk, bei Rachengold und bei der Kraft GmbH (Knäckebrötchenwerk) Betriebsarzt. Da muß das Gesundheitsamt beispielsweise ein entscheidendes Wort in Sachen Grundwasserförderung bei Coca Cola mitsprechen, und der entscheidende Amtschef Dr.

Pfannkuch ist gleichzeitig der von Coca Cola bezahlte Betriebsarzt.

Und das geschieht alles mit pauschaler Genehmigung der Aufsichtsbehörde, denn laut Nebentätigkeitsrichtlinien vom November '81 hätte das Regierungspräsidium jede Nebentätigkeit genehmigen müssen. Die altgedienten Beamten im Regierungspräsidium sahen sich auch nicht gezwungen, etwas zu unternehmen, als sie am 7.1. 82 in einem Schreiben des Instituts für Arbeitshygiene von den Nebenjobs unterrichtet wurden, auch dann nicht, als wenige Wochen später eine große Lebensmittelvergiftung Schlampeereien im Gesundheitsamt ahnen ließ.

Jetzt, nach Bekanntwerden dieser Schweinerei, werden die betroffenen Stellen eifrig Akten, Erlasse und Richtlinien wälzen, denn ihre Hauptsorge

ist nicht die restlose Aufklärung dieses Skandals, sondern daß ihnen juristisch kein schuldhaftes Verhalten zu attestieren ist.

So werden die Schuldigen wahrscheinlich kaum ihre verdiente Strafe erhalten. Dr. Pfannkuch darf vielleicht ein halbes Jahr früher in Pension gehen. Die Bevölkerung ist natürlich wütend und empört und fordert mit Recht:

Solche Typen gehören doch — ins Loch!

Erneut öffentlich bestätigt:

Frauen verdienen ein Drittel weniger

Eine Kommission des Arbeitsministeriums, die mit der regelmäßigen Untersuchung des Verhältnisses der Bezahlung von Männern und Frauen in der deutschen Wirtschaft beauftragt ist, hat auch für das vergangene Jahr die schon immer vorhandene Differenz einmal mehr bestätigt.

Seitdem solche Untersuchungen überhaupt gemacht werden, schwankt die Minderbezahlung von Frauen stets um etwa 30 Prozent unter den Einkommen der Männer. Für das letzte Jahr betrug die Differenz — gegenüber dem Vorjahr wieder leicht angestiegen — etwa 31 Prozent. Bei den Bruttolöhnen macht dies ziemlich genau 700 Mark aus, errechneten die beauftragten Statistiker.

Die Probleme dabei liegen sowohl in den niedrigen Lohngruppen, als auch in zahlreichen willkürlichen Bestimmungen der Unternehmer, mit denen gegen jede Gleichbehandlung verstoßen wird. Ein Thema, über das man in der normalen bürgerlichen Presse, in den bürgerlichen Medien überhaupt, sehr wenig erfährt, ein Thema, das man besser nicht anpacken möchte.

Die Unternehmer beginnen in der Regel zu toben, wenn auch nur das Gespräch darauf kommt — denn es würde sie ja einiges kosten, auf solche billigen Arbeitskräfte verzichten zu müssen.

Aber auch innerhalb der Gewerkschaften gibt es genügend Widerstände, dieses Thema zum Gegenstand von Aktionen und nicht bloß von Zeitungsartikeln zu machen — die zentrale Aktion der IG DruPa vor einiger Zeit war nicht nur eine Ausnahme, sie stieß auch bei manchen rechten Sozialdemokraten auf offenen oder versteckten Widerstand. Trotzdem zeigte sowohl die Beteiligung an der Kasseler Aktion als auch die wachsenden Prozeßzahlen, daß der Widerstand der Frauen gegen diese Ungerechtigkeit, gegen diesen Lohnraub wächst.



Skandalkulisse: Gesundheitsamt Karlsruhe und die beiden „Akteure“.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Arbeitsmarkt-Prognosen

„Deutlich über der 2-Millionen-Grenze“ wird die offizielle Arbeitslosenzahl im Winter liegen. Diese Erwartung bekunden übereinstimmend und unabhängig voneinander drei Wirtschaftsforschungsinstitute (DIW, HWWA, IW). Daran könnten auch die Lohnraubbabschlüsse der letzten Tarifrunden, die die Institute zynisch als „konjunkturgerecht“ bezeichnen, nichts ändern.

Hier wird also auch amtlicherseits festgestellt, daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze sichert.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Westberlin wartet noch mit weiteren Angaben auf. Zum Beispiel über die Zahl der offenen Stellen, die sich seit März '81 nahezu halbiert hat. Im Vergleich zum Tiefstand der Krisenjahre 1974/75 erreicht das gegenwärtig amtliche Stellenangebot kaum mehr als ein Drittel. Die Zahl der Kurzarbeiter im ersten Quartal '82 übertraf Ende März mit offiziell 550 000 den Vorjahresstand um rund 150 000.

Nach Erhebungen der Westberliner Wirtschaftsforscher waren im Frühjahr 1982 etwa drei Millionen Menschen von dem betroffen, was das Institut „Unterbeschäftigung“ nennt — entweder als registrierte Arbeitslose, durch vergebliche Suche nach einem Arbeitsplatz oder durch Arbeitszeiteinschränkung.

Der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbeschäftigung nimmt ständig zu. Das kapitalistische System raubt unserer Jugend die Zukunft. Auch die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt“ mußte eine von dem DIW bestätigte Tatsache konstatieren: „Auch eine gute Ausbildung sichert Anfängern keinen Platz im Beruf“. Wo doch so oft behauptet wird, alles läge bloß daran, daß man mehr Facharbeiter brauche...

Im Baugewerbe sei die einzige Pluszahl, die er nennen könne, der Zuwachs bei den Konkursen. Das erklärte der Präsident des Landesverbandes Bayerischer Bauinnungen und des Verbandes baugewerblicher Unternehmen Bayerns, Eichbauer. Nachdem zwischen April '81 und April '82 bereits 111 000 Arbeitsplätze im Baugewerbe Bayerns vernichtet wurden, mußten im Jahresverlauf noch weitere 50 000 Bauarbeiter „ausscheiden“. Lehrstellen allerdings gebe es noch. — Aber hat sich nicht der bekannte Slogan „Sei schlau — lern auf dem Bau“ angesichts von Arbeits- und Lohnsituation sowie der beschriebenen Zukunftsaussichten längst als absurd erwiesen? — Übrigens: Bei all den negativen Schilderungen bezeichnete Eichbauer die Auftragslage in Bayern noch als „etwas besser als im Bundesdurchschnitt“.

Arbeitsgerichtsprozeß in Bochum Ausländische Kollegen erfolgreich gegen Krupp Jetzt Solidarität verstärken

BOCHUM. — Im Zuge der Rationalisierung und Umstrukturierung bei der Krupp Stahl AG, der mehr als 4 000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen, wurden im März 97 ausländische Stahlarbeiter nach äußerst kurzfristiger Informierung und ohne daß sie darüber befragt worden wären vom Bochumer Werk ins etwa 50 Kilometer entfernte Rheinhausen versetzt. Auf Probleme wie die der Familien, die gerade erst in Bochum Fuß gefaßt hatten, wurde keinerlei Rücksicht genommen, bei Weigerung wurde Entlassung angedroht.

In der ersten Instanz vor dem Bochumer Arbeitsgericht erwirkten die Kollegen, daß der Versetzungsbeschluß für unwirksam erklärt wurde.

Am 12. März, einem Freitag, hatten die Kollegen — 93 von ihnen kommen aus der Türkei, zwei aus Jugoslawien, je einer aus Spanien und Arabien — ein

Schreiben der Werksleitung erhalten, in dem ihnen die Versetzung mitgeteilt wurde. „Der Bus fährt um 4.45 Uhr von Tor 12“, hieß es darin. Auf einen Ein-

spruch beim Personalchef hieß es: „Wenn Sie nicht innerhalb von drei Tagen einverstanden erklären, müssen wir Sie entlassen.“

Offensichtlich war man der Meinung, mit Ausländern könne man so etwas am leichtesten machen. „Wir werden verschoben wie Vieh“ — so kennzeichneten die betroffenen Stahlarbeiter ihre Situation.

Die Kollegen aber fanden sich nicht mit dieser Zumutung ab, die ihnen täglich zwei Stunden zusätzliche Fahrzeit zur Arbeit zumutete. Werkswohnungen in Rheinhausen wurden ihnen in Aussicht gestellt — allerdings mit einer Wartezeit von drei Jahren. Aber auch das hätte eine große Härte bedeutet, hatten sie mit ihren Familien doch gerade erst in Bochum Fuß gefaßt, was Kollegen aus dem Ausland bekanntlich besonders schwer gemacht wird.

Schändlicherweise hatte der

Schikane noch weiter. Er erhält auch keine Sozialhilfe. Begründung: Seine Notlage sei selbstverschuldet. Natürlich geht Harald Kohn gegen diese Behauptung, durch die seine Existenz gefährdet ist, mit rechtlichen Mitteln vor. Schließlich werden hier elementare Grundrechte, so das im Grundgesetz niedergeschriebene Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, mit Füßen getreten.

Dies ist vielleicht nur ein kleines Beispiel, ein zudem etwas ungewöhnlicher Fall. Aber haben nicht viele schon ihre bitteren Erfahrungen mit der Behördenwillkür erleben müssen, wo einen Büttel der Kapitalisten nicht wie Menschen, sondern wie „Material“, wie leblose und persönlichkeitslose Nummern behandeln? Und gerade in Krisenzeiten nehmen diese Erscheinungen immer mehr zu. Dagegen muß man sich wehren.

Beispiel für Behördenwillkür „Kommen Sie wieder, wenn Sie anständig aussehen“

Stuttgart. — Harald Kohn, 23 Jahre alt, war Arbeiter bei Kodak in Stuttgart. Seit er dort gekündigt hat, erhält er weder Arbeitslosenunterstützung noch Sozialhilfe. Der Grund: Er ist Punker und trägt dementsprechend auffällige Haartracht.

„Sie kommen wegen Ihres Verhaltens (äußeres Erscheinungsbild) nach der im Arbeits-

leben herrschenden Auffassung für eine Beschäftigung nicht in Betracht.“, ließ das Stuttgarter Arbeitsamt den jungen Mann per Bescheid wissen. Die Sachbearbeiterin wurde in mündlichem Gespräch deutlicher: „Kommen Sie wieder, wenn Sie anständig aussehen“. Die Folgen dieser willkürlichen Entscheidung: Das Amt weigert sich, Harald Kohn weitere Stellenangebote zu vermitteln und sperrte ihm die Arbeitslosenunterstützung. Der stellvertretende Arbeitsamtsdirektor berief sich auf Paragraph 103 Arbeitsförderungsgesetz — die Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes würden absichtlich sabotiert.

Eine absurde Behauptung. Allen Auflagen, denen Arbeitslose bei uns unterliegen, unterzog sich Harald Kohn pünktlich. Auch über seine Arbeitsleistung hatte sich nie jemand beschweren können. Er stellt auch keine besonderen Ansprüche an eine zukünftige Arbeit.

Dennoch geht die mit der Diskriminierung verbundene

15 Jahre „Roter Morgen“ — Besuch das Pressefest der KPD!

Wer möchte die Schmetterlinge live erleben?

Bei uns ist es möglich! Am 26. September in Lütgendortmund, Marienbornplatz. Auf der Musikveranstaltung zum Abschluß unseres Pressefestes.

Ein abschließender Höhepunkt, mit dem das musikalische Angebot aber keineswegs erschöpft ist.

„Laßt euch nicht BRD-igen!“ — Unter diesem Motto steht die Musikveranstaltung der Kommunistischen Jugend Deutschlands am Abend des ersten Festtages, am 25.9. Das Rocktheater Nachtschicht kommt mit Ausschnitten aus seinem Stück „steinreich“. Außerdem: Elbe 1 — Politrock aus Hamburg. Die Kotten-Blues-Band. Und viele, viele andere, die wir ebenso wie die hier genannten in den nächsten Ausgaben des „Roten Morgen“ noch genauer vorstellen werden. 15 Jahre „Roter Morgen“ — da gibt es was zu feiern!

Wem brennt wie uns die Frage unter den Nägeln: Wie muß es weitergehen im Kampf gegen den Sozialabbau?

Bei uns wird darüber gesprochen. Und was da gesagt wird, das wird Hand und Fuß haben. Zu Wort kommen — und zu eurer Verfügung stehen — Mitarbeiter in ver-

schiedenen Initiativen. Betriebsräte aus Großbetrieben. In einer offenen Diskussionsrunde am Sonnabend. Wir laden euch ein — wir wollen gemeinsam darüber reden, denn wir müssen gemeinsam dagegen kämpfen!

Es wird noch weitere Diskussionsrunden geben, mit Vertretern der KPD und verschiedenen anderen Organisationen und Initiativen auf dem Podium, mit Stellungnahmen und offener Diskussion. Zum Kampf um Gleichberechtigung und Befreiung der Frau. Und, brandaktuell, zum Krieg im Libanon. Wie kann man den Freiheitskampf des palästinensischen Volkes unterstützen? Welche Rolle spielen die westdeutschen Kapitalisten und ihr Staat beim Ausrottungsfeldzug Begins? Eingeladen sind Vertreter der PLO und der Palästinenser in Westdeutschland. (Das Programm der Diskussionsgruppen hat sich also, wie dem aufmerksamen RM-Leser nicht entgangen sein wird, etwas geändert.)

Was sagen die Kommunisten zu den brennenden Fragen des Klassenkampfes?

Nicht nur in den Diskussionsgruppen wird Rede und Antwort gestanden. Auch in den Festveranstaltungen am Sonnabend, wo ein Vertreter des Zentralkomitees unserer Partei nicht nur einen Rückblick auf 15 Jahre „Roter

Morgen“ geben, sondern unsere Standpunkte zu den aktuellen Kämpfen und Aufgaben darlegen wird. Auch an den Ständen der Landesbezirke der KPD wird ausführlich über den Kampf der Partei in allen Teilen unseres Landes informiert. Genossen aus den Betrieben und anderen Bereichen stellen sich auch hier jeder Frage, die sich beim Genuß landestypischer Spezialitäten — von der Kieler Sprotte bis zur Weißwurst, vom geel'n Köm bis zum Weizenbier — besonders gut besprechen lassen.

Ist das nur etwas für Erwachsene?

Nein, natürlich nicht. Auch für die Kleinsten wird gesorgt, also: mitbringen! Ein Kinderfest steht am Anfang des ganzen Festprogramms. Und auch im weiteren Verlauf der beiden Tage wird ihnen etwas geboten. Übrigens: Für Übernachtungsmöglichkeit sorgt der Landesbezirk Ruhr der KPD in Dortmund und Umgebung.

War das etwa schon alles?

Ach was. Dann würden wir euch doch gar nicht einladen. Aber wartet's nur ab — mehr im nächsten „Roten Morgen“! Aber eins ist doch wohl schon klar: Es lohnt sich. Deshalb kommt und bringt Freundinnen und Freunde mit!

Betriebsrat dem Vorhaben der Werksleitung zugestimmt, und auch die IG Metall wollte ihnen zunächst nicht helfen. Deshalb wandten sich die Kollegen an die Bochumer Deutsch-Ausländische Freundschaftsbewegung, die als erste für die Bekanntmachung des Falles sorgte und Solidarität organisierte.

Vor Gericht gab sich der Vertreter des Vorstandes von Krupp-Stahl ganz verständnislos ob des Widerstandes. Man sei doch nicht ausländerfeindlich — allerdings: „Den Letzten beißen nun mal die Hunde“!

Und die menschenfreundliche Gesinnung der Werksleitung wollte er unter anderem mit der Bekundung belegen, daß der tägliche Transport der Kollegen schließlich „in sauberen Bussen, in denen täglich die weißen Kopfschutzhelme ausgewechselt werden“ erfolgt sei!

Deshalb erklärte Vorstandsmitglied Ottmar Günther auch, daß Krupp in die Berufung gehen werde.

Verstärken wir die Solidarität mit den Krupp-Kollegen! Die Versetzung muß endgültig unwirksam werden!



330 000 jugendliche Schulabgänger

werden sich in diesem Jahr vergeblich um eine Lehrstelle bemühen. So zitiert die „Zeit“ vom 30. Juli Prognosen, die die DGB-Gewerkschaften aufgrund von Berechnungen angestellt haben. 660 000 Jugendliche suchen 1982 einen Ausbildungsplatz. Aus dem Bildungsministerium kam das Dementi: Man erwarte, daß „nur“ 200 000 Jugendliche beim Run auf die Lehrstellen auf der Strecke blieben. Für die Interessen der Jugendlichen unternimmt der Staat nichts. Es sei daran erinnert, daß Anfang des Jahres per Gesetz die Ermächtigung aufgegeben wurde, von Betrieben, die ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nachkommen, einen (geringen) Teil der Lohnsumme einzutreiben. Von dieser Möglichkeit ist allerdings, als sie noch bestand, nicht ein einziges Mal Gebrauch gemacht worden.



„Hier muß mal kräftig ausgemistet werden!“

Genau. Aber leider ist es noch nicht soweit — vorerst haben sich die Bonner Rotstiftpolitiker nur auf Kosten unserer Steuergelder in die Ferien geflüchtet. Wohl, um Kraft zu tanken für die „Operation '83“.

Nicht den Damen und Herren in Bonn, aber allen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir einen erholsamen Urlaub (zu haben oder gehabt zu haben). Auf daß er die Kraft zum Widerstand stärke. Damit auch der Tag des politischen Großreinemachens nicht mehr allzu fern ist...

RM-Serie Die AEG- Pleite 1. Teil

Das Entstehen und die Entwicklung des Elektrokonzerns AEG-Telefunken, in der Bundesrepublik und Westberlin nach Siemens der zweitgrößte in der Branche, ist mit dem Aufstieg wie auch mit den Krisen und Katastrophen des Kapitalismus in Deutschland untrennbar verbunden, aber auch mit der Entwicklung der Elektrotechnik, aus der der Name AEG nicht mehr wegzudenken ist.

Der Niedergang dieses einst stolzen Flaggschiffes deutscher Unternehmerherrlichkeit war in den letzten fünf Jahren gepflastert mit „Sanierungen“ zu Lasten der Belegschaften, mit Kürzungen von Lohnbestandteilen (z. B. Betriebsrenten), Rationalisierungsfeldzügen und Stilllegungen. Seit 1973 wurde die Gesamtbelegschaft um 50 000 von 175 000 auf 124 000 zum Jahresende 1981 heruntergedrückt. Allein in den vergangenen drei Jahren baute AEG 30 000 Arbeitsplätze ab.

Allerdings ging dies in letzter Zeit nicht mehr ohne teilweise erbitterten Widerstand der betroffenen Belegschaften ab. Hier wäre das Beispiel Videocolor zu nennen. AEG hatte das Ulmer Farbbildröhrenwerk an den französischen Konzern Thompson-Brandt verkauft, der es nur erwarb, um es stillzulegen. „Marktberingung“ nennen die Herren dies! Zu Beginn dieses Jahres trat die Belegschaft deshalb in einen wochenlangen Streik und besetzte den Betrieb.

Die Kraft reichte in diesem Fall noch nicht aus, um die Stillknapp 1000, im Sauerland wurde ein Zeichen gesetzt. Heute scheint die Belegschaft des Tübinger Waschmaschinenwerkes von Zanker, das die AEG-Bosse ebenfalls stilllegen wollen, entschlossen zu sein, den gleichen Weg zu gehen wie ihn die Videocolor-Kollegen gegangen sind, aber mit Hoffnungen auf mehr Erfolg.

Ein betriebliches Kampfkomitee ist bei Zanker bereits eingerichtet. Die Zanker-Kollegen dürfen nicht die einzige Belegschaft eines AEG-Betriebes bleiben, die sich mit Entschlossenheit auf einen konsequenten Widerstand einstellt. Hier wäre eigentlich die IG Metall als Ganzes gefordert! Denn für mehr als 100 000 Arbeitsplätze droht durch die AEG-Misere höchste Gefahr!

Enorme wirtschaftliche und soziale Auswirkungen.

Von den rund 120 000 Belegschaftsmitgliedern, die AEG-Telefunken heute noch aufweist, sind knapp 100 000 in der Bundesrepublik und in Westberlin beschäftigt. Am 31. 12. 1981 betrug die Zahl der Inlandsbeschäftigten genau 99 400, darunter 4 700 Auszubildende. Der Gesamtumsatz von AEG belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 14,83 Milliarden Mark. Der sogenannte Personalaufwand (Löhne und Gehälter, sowie gesetzliche und auf Tarifvereinbarung beruhende Leistungen plus Altersruhegelder) sum-

Über 100 000 Arbeitsplätze in höchster Gefahr

Die Tage des zweitgrößten bundesdeutschen Elektrokonzerns AEG-Telefunken scheinen gezählt. Bereits seit längerem kreisen die Geier über dem kranken Riesen. Mehr als 100 000 Arbeitsplätze sind in akuter Gefahr.

Ein plötzlicher spektakulärer Zusammenbruch in Form eines Konkurses ist zwar wenig wahrscheinlich, da wäre der politische und wirtschaftliche Flurschaden für die Herrschenden, für die bundesdeutschen Monopolbourgeoisie, denn doch zu groß. Und auch die Reaktionen der 120 000 AEG-Beschäftigten könnten allzu radikal ausfallen. In den letzten Monaten kam es ja immer öfter gegen Massenentlassungen zu Streikämpfen und Betriebsbesetzungen.

Aber daß das Jahr 1983, in dem der AEG-Konzern eigentlich seinen hundertsten Geburtstag begehen wollte, zu seinem Todesjahr wird, ist nicht auszuschließen. Die Großbanken, längst durch Aktienmanipulation Mehrheitsbesitzer von AEG geworden, haben die Weichen des schwer verschuldeten Konzerns auf seine endgültige Zerschlagung gestellt.

Hinter den Kulissen pokern Bank- und Industriemagnaten und Politiker darum, wer aus dem abgebremsten Zusammenbruch von AEG-Telefunken welchen Reibach ziehen, wer sich die attraktiven Konzernteile unter den Na-

gel reißen und wer mit welchen staatlichen Prämien die Beerdigungsarbeiten für die sogenannten „maroden Teile“ übernimmt.

Einig ist man sich allerdings in einem Punkt: Die Zeche sollen — wie immer — diejenigen bezahlen, die mit ihrer Hände Arbeit die zu verteilende Konkursmasse geschaffen haben: Die AEG-Belegschaften. Und darüber hinaus die Lohnabhängigen überhaupt. Denn wenn ein Großkonzern von diesem Kaliber (120 000 Beschäftigte, Jahresumsatz zuletzt fast 15 Milliarden Mark) zusammenbricht, dann muß das zu einer erheblichen Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen.

Zudem verstehen die Herren von Schlot und Tresor es glänzend, die Unkosten, bis auf den letzten Pfennig anderen aufzuhalten, wobei sie sich mit Vorliebe der Staatskasse bedienen. Und was die letztere betrifft, so weiß man, wie findig und abgebrüht die Minister in Bonn sind, wenn entsprechende Haushaltslöcher durch Schröpfen des kleinen Mannes gestopft werden sollen.

Mit all diesen und noch weiteren Aspekten, Hintergründen, Auswirkungen und Fragen, die mit dem Untergang des AEG-Konzerns zusammenhängen (nicht zuletzt auch mit der Frage, wie und warum es überhaupt soweit kommen konnte), befaßt sich die vorliegende Artikelfolge.

mierte sich 1981 im Inland auf 4,8 Milliarden Mark. Im Jahr 1980 vergab der Konzern Aufträge in Höhe von 5 Milliarden Mark an rund 32 000 Lieferanten.

Diese Zahlen verdeutlichen zur Genüge, daß ein Zusammenbruch von AEG-Telefunken gewaltige wirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben muß. Sehen wir uns im folgenden anhand einiger Zahlen an, auf welche regionalen Schwerpunkte sich diese Auswirkungen konzentrieren.

AEG-Telefunken ist ein Konzern, der mit seinen Tochterfirmen, Betrieben und Produktionsstätten in allen Teilen des Bundesgebietes sowie in Westberlin vertreten ist. In mehr als 70 Städten und Gemeinden der Bundesrepublik existieren heute AEG-Arbeitsplätze. In Westberlin waren Ende letzten Jahres noch rund 11 900 Menschen in AEG-Telefunken-Betrieben beschäftigt.

Was die einzelnen Bundesländer anbelangt, so gibt es außer in Bremen und im Saarland in jedem Bundesland wenigstens einige tausend AEG-Beschäftigte. In Bremen sind knapp 1 000, im Saarland etwas mehr als 1 000 Menschen in AEG-Firmen beschäftigt. Bei den Schwerpunktländern liegt Baden-Württemberg mit rund 26 000 Beschäftigten klar an der Spitze. Als zweiter folgt Niedersachsen, wo rund 15 000 Menschen bei AEG Beschäftigung finden. Auch in Bayern und Nordrhein-Westfalen liegt die Zahl der AEG-Beschäftigten jeweils über 10 000.

300 000 Arbeitsplätze hängen mit AEG zusammen

Die Bedeutung von AEG als Wirtschaftsfaktor ergibt sich natürlich nicht ausschließlich aus der Zahl der im Konzern

selbst beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Wie schon erwähnt, vergab der Konzern im Jahre 1980 Aufträge in Höhe von 5 Milliarden Mark, die sich auf rund 32 000 Zulieferer verteilten. Da die Wertsumme der vergebenen Aufträge weit höher als die Summe der ausgezahlten Löhne und Gehälter für die 120 000 AEG-Beschäftigten ist und selbst noch über der Summe der gesamten Personalkosten von AEG liegt, muß davon ausgegangen werden, daß von einem AEG-Zusammenbruch unter Berücksichtigung der Folgen für die Zulieferer mindestens doppelt so viele Arbeitsplätze mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen würden, als AEG selbst aufweist. Es gibt Schätzungen, nach denen mit AEG außerhalb des Konzerns zusätzlich 150 000 Arbeits-

plätze direkt zusammenhängen. Daraus folgt: Durch einen Zusammenbruch des AEG-Konzerns würden insgesamt ca. 300 000 Arbeitsplätze betroffen, und zwar mindestens drei Viertel davon im Inland einschließlich Westberlin.

Was die regionale Verteilung der Zulieferer betrifft, so ist das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit seiner gewaltigen industriellen Ballung am meisten AEG-empfindlich. Hier erhielten im Jahre 1980 genau 3 485 Firmen AEG-Aufträge mit einem finanziellen Volumen von insgesamt mehr als einer Milliarde Mark. Baden-Württemberg steht dem nicht viel nach. Dort erhielten 3 121 Firmen AEG-Aufträge im Wert von 905 Millionen Mark. Als dritter folgt wieder Bayern mit 731 Millionen Mark an Auftragsvo-



Berliner AEG-Arbeiter demonstrierten vor dem Rathaus Wedding

lumen, das sich an 2 102 Firmen verteilte. Auch in Hessen leben viele Unternehmen teilweise oder ganz von AEG-Aufträgen: 1 462 Firmen erledigten dort 1980 Aufträge im Wert von 520 Millionen Mark.

Unter den Zulieferern von AEG finden sich neben Zehntausenden von kleinen und mittelständischen Unternehmen natürlich auch große Firmen und Konzerne. Darunter auch Konkurrenten wie Siemens und Bosch, aber auch andere, wie etwa Krupp oder Farbwerke Höchst. Je nach dem Umfang der an diese Konzerne gehenden Aufträge können durch den Zusammenbruch von AEG dort entsprechende Umsatzeinbußen entstehen. Vernichtend würden allerdings Zehntausende von mittelständischen und kleinen Firmen getroffen.

Die Illustrierte „Stern“ führt in diesem Zusammenhang in einem Artikel zwei konkrete Beispiele an. Um das Problem anschaulicher zu machen, seien sie hier angeführt: Da ist die Firma Warona Werke in Hann. Münden, die 35 Beschäftigte hat. Die Warona Werke sind auf Gedeih und Verderb mit AEG verbunden, denn ihre Existenz beruht gänzlich auf der Herstellung von Spritzgußteilen für AEG-Kühlschränke.

Ein erheblich größeres Unternehmen ist die Firma Horst Kegler GmbH im Bayerischen Hilpoltstein mit 200 Beschäftigten. Dieses Unternehmen investierte kürzlich im Vertrauen auf den Fortbestand seines Großkunden AEG zwei Millionen Mark, eine für eine mittel-

Fortsetzung auf Seite 5



Auch in den verschiedenen anderen Tochterfirmen der AEG protestierten die betroffenen Belegschaften. So wie hier bei Zanker in Tübingen ...

Im Jahre 1883, also mitten in der „Gründerzeit“, als in dem noch nicht lange zu einem einheitlichen Nationalstaat zusammengeführten Deutschland zahlreiche große Firmen und Konzerne entstanden, wurde auf Initiative des amerikanischen Edison-Konzerns die Deutsche Edison-Gesellschaft gegründet. Damit war die Existenz des späteren AEG-Konzerns gegründet. Die Deutsche Edison sollte die Herstellung und Vermarktung der 1879 von Edison erfundenen Glühbirne gewährleisten.

Bereits 1887 stand dann die Deutsche Edison mit ihrer damaligen Tochterfirma, Städtische Elektrizitätswerke, vor dem Bankrott. Sie hatte sich beim Bau des ersten Elektrizitätswerkes in Berlin übernommen. Aber das Bankenkonsortium, das hinter der deutschen Edison stand, verhinderte den Zusammenbruch. Eine Kapitalerhöhung wurde vorgenommen. Die Bindung an die fran-

zösische Edison & Co., die bis dahin bestanden hatte, wurde gelöst und der Konzern umbenannt in Allgemeine Elektrizitätswerke Gesellschaft (AEG).

Die AEG spielte eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der Elektrotechnik. Sie entwickelte erstmalig den Drehstrommotor, der in seinen Grundzügen bis heute unverändert blieb. Sie leistete Pionierarbeit bei der Entwicklung der Kraftwerkstechnik. Auch nach 1945 verknüpften sich wichtige technische Neuerungen mit dem Namen AEG. 1958 baute AEG in Kahl am Main das erste deutsche Versuchskraftwerk mit Siedewasserreaktor. Im Jahre 1963 entwickelte Telefunken das Pal-Farbfernsehsystem.

Von Anfang an spielte für die AEG das Verhältnis zum Siemens-Konzern, der immer schon ihr Erzrivale war, eine große Rolle. In Absprache und Zusammenarbeit mit Siemens wirkte die AEG bei der Elektrifizierung Deutsch-

Die Anfänge des AEG-Konzerns und die Monopolisierung der Elektroindustrie

lands maßgeblich mit. Anfang der 90er Jahre schaffte die AEG vorübergehend etwas, das ihr später nie mehr glückte: Sie konnte Siemens überflügeln und sich zum größten deutschen Elektrokonzern aufschwingen. In den Anfängen des 20. Jahrhunderts gab es dann eine längere Phase, da zwischen AEG und Siemens eine starke Verflechtung zustande kam.

In seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, befaßte sich Lenin auch mit der

Entwicklung der Elektroindustrie, die von Anfang an durch Monopolbildung und zunehmende Konzentration gekennzeichnet war. Vor 1900 gab es in der Elektroindustrie Deutschlands noch sieben oder acht Gruppen, von denen jede aus mehreren Gesellschaften bestand. Hinter jeder dieser Gruppen standen bis zu elf Banken. Um 1908 bis 1912 verschmolzen alle diese Gruppen — wie Lenin erwähnt — zu zwei (bzw. einer einzigen, wenn man die damalige Verflechtung von AEG

und Siemens berücksichtigt) Gruppen. Lenin erwähnt in diesem Zusammenhang auch, daß „die berühmte AEG (...) auf diese Weise entstanden ist.“

Lenin zeigte weiter auf, daß die Konzentration in Europa aber auch ein Bestandteil des Konzentrationsprozesses in Amerika war. Aus dem Edison-Konzern entstand durch Zusammenschluß mit der Thomson-Houston Company die General Elektrik Company (GEC) (die aber nicht mit jener britischen GEC verwechselt werden darf, welche vor kurzem ihr Interesse an einer Übernahme des attraktiven Bereichs Technik der nunmehr bankrotten AEG bekundet hat). Die AEG wiederum schließt sich mit der von der Thomson-Houston Company für Europa in Deutschland gegründeten Union Elektrizitäts Gesellschaft zusammen. „Auf diese Weise“ — so Lenin — „entstanden zwei Elektro-mächte.“

Diese beiden Trusts schlossen 1907 einen Vertrag über die Aufteilung der Weltmärkte. Die GEC „erhält“ die Vereinigten Staaten und Kanada; der AEG werden Deutschland, Österreich, Rußland, Holland, Dänemark, die Schweiz, die Türkei und der Balkan „zugeteilt“. Lenin skizziert diese Entwicklung und erläutert dann:

„Man versteht ohne weiteres, wie schwierig die Konkurrenz gegen diesen faktisch einheitlichen, die gesamte Welt umspannenden Trust ist, der über ein Kapital von mehreren Milliarden Mark verfügt und seine ‚Niederlassungen‘, Vertretungen, Agenturen, Verbindungen usw. in allen Ecken und Enden der Welt hat. Aber eine Aufteilung der Welt unter zwei mächtige Trusts schließt natürlich eine Neuaufteilung nicht aus, sobald das Kräfteverhältnis — infolge der ungleichmäßigen Entwicklung, von Kriegen, Zusammenbrüchen usw. — sich ändert.“

Fortsetzung von Seite 4

ständige Firma bedeutende Summe. Diese Firma stellt Präzisionsteile für AEG her. Würden jetzt diese Aufträge ausbleiben, so wäre dies nach Aussage des Geschäftsführers für die Firma eine Katastrophe.

Von den 32000 Zulieferern des AEG-Konzerns sind 21000 Kleinfirmen, deren Jahreseinkaufsvolumen unter 10000 Mark liegt. Diese Kleinunternehmer zittern gegenwärtig den Meldungen über das Schicksal des AEG-Konzerns entgegen. Auch wenn es nicht zu einem Konkurs, sondern zu einem schrittweisen Zusammenbruch über den Weg eines Vergleichs bei AEG kommt, was wahrscheinlich ist, so werden viele von ihnen in den Ruin gerissen. Die Weichen dafür sind gestellt.

Da hilft nur noch revolutionärer Klassenkampf

Geht es nach dem Willen der Herren, die das Schicksal von AEG heute in der Hand halten, d.h. der Großaktionäre und Spitzenmagnaten von Deutscher-, Dresdner- und Commerz-Bank, sowie der Konzerne Siemens, Bosch und Mannesmann, so wird AEG in den kommenden Monaten abgemurkst. Dann würden große Teile des jetzigen Konzerns in absehbarer Zeit liquidiert. Die meisten der 120000 Beschäftigten würden entlassen und ein Großteil der Produktionsstätten vernichtet. Dies würde sich wahrscheinlich in den kommenden zwei Jahren abspielen. Im Gefolge dieses Kahlschlages würden zugleich Tausende von Zulieferfirmen pleite machen, was die Vernichtung weiterer Zehntausender Arbeitsplätze nach sich ziehen würde. Die Arbeitslosigkeit würde sich erheblich verschärfen.

Nun ist diese drohende Perspektive keineswegs ein unabwendbares Naturereignis. Gewiß: In den Kreisen der Mächtigen, den Zentren des Finanzkapitals, ist es beschlossene Sache, daß AEG gemäß dem von Heinz Dürr und Hans Friderichs vorgelegten „Konzept AEG '83“ zerteilt und ausgeschlachtet, d.h. in seiner jetzigen Form als zweitgrößter deutscher Elektrokonzern zer-

schlagen wird. Was aber, wenn die IG Metall endlich einmal ihrer Rolle als Kampfverband der Lohnabhängigen konsequent entsprechen, wenn sie entschlossen die in einem solch außergewöhnlichen Fall gebotenen gewerkschaftlichen Maßnahmen ergreifen würde?

Konkret: Was, wenn die IGM die AEG-Beschäftigten zum geschlossenen, unbefristeten Streik aufrufen würde? Wenn sie alles tun würde, um den Kampf für die Rettung der Arbeitsplätze und für die Erhaltung des AEG-Konzerns in seiner materiellen Substanz zu organisieren?

Man stelle sich vor: Alle AEG-Beschäftigten im unbefristeten Streik! Natürlich würde da ein schriller Schrei durch die Massenmedien gehen: „Illegaler politischer Streik!“ „Freiheitlich-demokratische Grundordnung und soziale Marktwirtschaft bedroht!“ usw. usf. Sicher würde man mit allen möglichen Sanktionen und Maßnahmen einschließlich dem Einsatz der Staatsgewalt drohen.

Aber was soll's? Ein solcher Streik würde ungeheure politische Energien in der Arbeiterklasse zur Entfaltung kommen lassen. Er würde, konsequent geführt, die Herrschenden zum Einlenken zwingen, würde sie nötigen, ihre Pläne durch entscheidende Zugeständnisse an die Streikenden abzuändern!

Sicher — das wäre revolutionärer Klassenkampf. Gewiß — allein schon der Gedanke daran läßt einem Eugen Loderer die Haare zu Berge stehen. Bonzen wie Loderer, denen im Kapitalismus ein komfortabel eingerichtetes Plätzchen an der Sonne eingeräumt wurde, damit dadurch ihr Verständnis für die sogenannten wirtschaftlichen Sachzwänge entscheidend gefördert werden, haben längst ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht.

Aber die Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten? Kann sie etwa tatenlos zusehen, wie ihr mehr und mehr alle Möglichkeiten für eine halbwegs menschenwürdige Existenz genommen werden? Nein, die Arbeiterklasse kann mit dem Kapitalismus keinen Frieden machen. Die Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten wird durch die Verhältnisse dazu gezwungen, um ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Früher oder später.



... oder bei Küppersbusch in Gelsenkirchen. Dabei erhebt sich die Frage, warum bisher von der IG-Metall-Führung nichts

unternommen wurde, dem Kahlschlag auf Konzernebene zu widerstehen.

Da ist es dann besser, man fängt möglichst früh damit an!

Die AEG-Pleite, auch wenn der Zusammenbruch nicht mit einem Schlag und unter höllischem Krachen, sondern „gedämpft“ vonstatten geht, setzt erneut und mit noch nicht dagewesener Aktualität und Dringlichkeit die von unserer Partei aufgestellte Parole auf die Tagesordnung: **Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!**

Schulden wie Sand am Meer

Seit 1974 wird bei AEG keine Dividende mehr ausgeschüttet. Die AEG-Aktie, während der 50er und 60er Jahre als ein Wachstumspapier angesehen, das sich fast mit Siemens messen konnte, verfiel in den letzten eineinhalb Jahrzehnten rapide. Längst ist der Spruch, der zwei Nachkriegsjahrzehnte lang an der Börse gängig war, zum Leiden geworden so manchen AEG-Aktionärs nur noch Nostalgie: „Willst du deine Ruhe haben, kauf

Siemens, AEG und Farben.“

Lag der Kurs der AEG-Aktien 1968 auf einem Höchststand von fast 800 Mark, so sank die Aktie von da ab mehr und mehr bis sie 1974, also im Jahre des plötzlichen Kriseneinbruchs, bis auf ihren Nominalwert zurückfiel. Heute liegt der Kurs unter dem Nominalwert. Vom Nachkriegshöchststand blieben mittlerweile nur noch etwa 4 Prozent übrig. Die ganze AEG ist an der Börse heute für lächerliche 400 Millionen Mark zu haben. Das ist weit weniger, als der hochverschuldete Konzern im letzten Jahr an die Banken an Zinsen überweisen mußte, nämlich sage und schreibe 700 Millionen Mark. 700 Millionen — das ist ein Vielfaches von dem, was AEG jemals innerhalb eines Jahres an die Aktionäre an Dividende ausgeschüttet hat: Die höchste Ausschüttung wurde 1970 verzeichnet, als die AEG-Aktionäre insgesamt 93 Millionen Mark einstreichen konnten. Heute befindet sich AEG mehrheitlich im Besitz der Banken, vor allem der Dresdner- und der Deutschen Bank. Daß sie keine Dividenden erhalten, braucht sie nicht zu bekümmern, denn Profit fließt ihnen von AEG ja

in Form der astronomischen Zinszahlungen reichlich zu und dies auch noch steuergünstig! Das Geschwätz vom „Opfergang der Banken“, das ständig in der bürgerlichen Presse zu lesen ist, kann man angesichts dieser Tatsache nur als Verhöhnung des Publikums bezeichnen.

Allein bei den Banken, allen voran bei den größten der Bundesrepublik, der Dresdner Bank und der Deutschen Bank, hatte AEG zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres 3,9 Milliarden an Krediten in der Kreide. Dazu kommen fehlende Pensionsrückstellungen in Höhe von rund 2 Milliarden Mark. Die direkten Schulden von AEG betragen also zur Zeit rund 6 Milliarden Mark.

Als Maßstab für die Höhe der Schulden eines Unternehmens dient die Differenz zwischen Eigenkapital und Fremdkapital. Aufgrund der expansiven Investitionspolitik des Konzerns war diese Differenz bei AEG in der gesamten Nachkriegszeit ungünstig. Drastisch verschlechterte sie sich im Jahre 1974, als das Eigenkapital auf unter eine Milliarde Mark sank, während das Fremdkapital auf 6,68 Milliarden Mark anwuchs.

Die Eigenkapitalquote, das heißt das Eigenkapital gemessen an der Bilanzsumme, sank 1974 sprunghaft von 22,7 auf 12,8 Prozent ab. Die höchste Quote seit 1945 verzeichnete AEG im Jahre 1965 mit 32,5 Prozent. Ende 1981 standen einem Eigenkapital von rund einer Milliarde Mark ein Fremdkapital von fast 7,7 Milliarden Mark gegenüber. Die Eigenkapitalquote lag bei nur 11,9 Prozent.

Gegenüber dem Jahre 1980, als AEG mit einem Fremdkapital von gut 7,6 Milliarden Mark bei einem Eigenkapital von nur gut 0,9 Milliarden und einer Eigenkapitalquote von nur 10,7 Prozent seinen absoluten Tiefpunkt hatte, ist dies zwar eine leichte Verbesserung. Aber von einer Wende kann überhaupt nicht die Rede sein. Dies obgleich den Belegschaften schwere Lasten und Opfer im Zuge der sogenannten Sanierungsmaßnahmen aufgehalst worden waren.

Die nächste Folge:

Ein Konzern wird zu Tode sa-

Was steckt hinter dem Poker der „AEG-Retter“?

Vorstoß von CDU und CSU:

Der Bundesgrenzschutz soll aufgerüstet werden

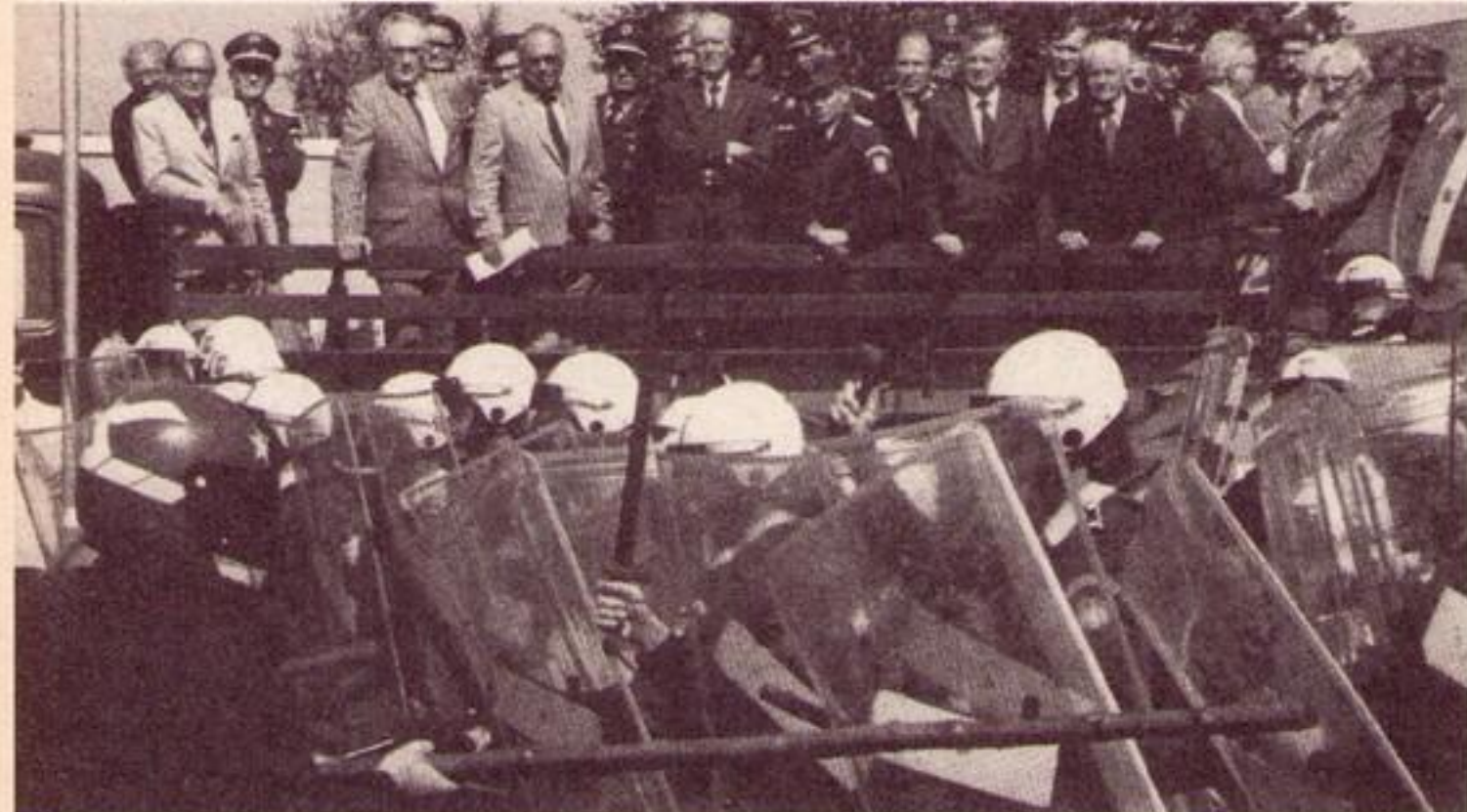
Mehr Leute, mehr Waffen, ständige Bürgerkriegsmanöver

BONN.—Die schleunige Aufrüstung des Bundesgrenzschutzes mit Menschen und Material sowie ständige Übungen der Truppen im Verband forderten im Juni 59 namentlich genannte Unionsabgeordnete und die Fraktion der CDU/CSU in einem Antrag an den Bundestag. Ihr Ziel ist die Erhöhung der Schlagkraft und die ständige Einsatzbereitschaft im Rahmen der Kriegsvorbereitung und für den Bürgerkrieg, zur Niederschlagung „innerer Unruhen“.

In dem Antrag heißt es, unter anderem, der Bundesgrenzschutz sei „auf seine Aufgaben im Notstands- und Verteidigungsfall sowie zur Unterstützung der Polizeien der Länder zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem beson-

spezielle Kampfausbildung für den Bürgerkrieg noch nicht zur Wirkung gebracht hätten. Und daß es überhaupt keine verbandsmäßigen Übungen gegeben hätte, entspricht offensichtlich auch nicht den Tatsachen. Vor einigen Monaten ging ein Bild durch die Presse, das eine verbandsmäßige Übung zeigte: Unter den sachkundigen Augen

effektiv die Ausbildung, die Ausrüstung und die Übungen der Grenzschutztruppen bisher schon seien. Sie wies zum Beispiel im August vergangenen Jahres darauf hin, die Bundesländer — das bewiesen die Vielzahl und die Vielfalt der Anforderungen in den letzten Jahren — hätten den BGS zunehmend „als zusätzliches Sicherheitspotential in Anspruch genommen und damit die Bedeutung der dem BGS zugewiesenen Rolle einer Eingreifreserve zur Unterstützung der Länderpolizeien bestätigt.“ Und sie unterstrich ihre Bereitschaft zur weiteren Aufrüstung. Zum Beispiel mit dieser Antwort auf eine kleine



Präsident Carstens begutachtet eine Truppenübung des BGS: Bewaffneter Einsatz gegen „Hausbesetzer“.

ders schweren Unglücksfall (...) und zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung nach Artikel 91, Abs. 1 des Grundgesetzes nicht in dem gebotenen Maße vorbereitet.“

Einen Schwerpunkt stellt die folgende Forderung dar: „Der Bundesgrenzschutz muß seiner Aufgabe als Eingreiftruppe bei Gefahren für die innere Sicherheit gerecht werden. Dieses setzt die Möglichkeit voraus, zu jeder Zeit bei sogenannten Großlagen eingesetzt zu werden. Sowohl der Einsatz an den Grenzen als auch die Hilfe zur Abwehr innerer Gefahren setzen voraus, daß der Bundesgrenzschutz im Verband tätig wird. Die Beamten müssen für diese Möglichkeit ausgebildet werden. Das setzt regelmäßige Übungen im Verband voraus.“

Die Unions-Politiker bemängeln, daß im Augenblick „mangels Mindeststärke“ der einzelnen Einheiten für den „truppen- und verbandsmäßigen Einsatz“ die dafür notwendigen Einheiten „ad hoc zusammengestellt werden müssen und Übungen im Verband seit Jahren nicht mehr stattfinden.“

Sie wollen also feste, jederzeit bereitstehende und abrufbare Kampfverbände, die durch ständige Übungen immer in Alarmbereitschaft und in bestem Training gehalten werden. Geplant ist der noch brutale Einsatz gegen das Volk, gegen demokratischen und revolutionären Protest und Widerstand gegen die Politik des Kapitals.

Es ist ja nicht so, daß man Grenzschützern und Grenzschutzverbänden bisher bei solchen Aktionen, bei Demonstrationen etwa, im Startbahnwald vor Frankfurt usw., nicht begegnet wäre und daß diese ihre



BGS-Ausbildung: Nahkampf Mann gegen Mann.

des NSDAP-geschulten Bundespräsidenten Carstens demonstrierte eine BGS-Einheit den bewaffneten Einsatz gegen „Hausbesetzer“, die ebenfalls von BGS-Leuten dargestellt wurden. Carstens war von der Schlagkraft der Truppe sichtlich beeindruckt.

Er hob auch hervor, der BGS habe „die ihm gestellten Aufgabe, die innere Sicherheit zu gewährleisten, drei Jahrzehnte erfolgreich und umsichtig erfüllt“ und wünschte der Truppe weitere Fortschritte im vierten Jahrzehnt ihres Bestehens. Zum Charakter der Vorführung, um die es auch unter den Zuschauern „spontane Debatten“ gegeben haben soll, äußerte sich ein Polizeirat Wendel vom BGV Bayreuth (in dieser Stadt fand die Bürgerkriegsübung statt) so: „Von der Aufgabenstellung und ihrer Bewältigung ist eine solche Übung im Grunde nichts neues. Sie gehören zur Ausbildung, da der BGS zu derartigen Einsätzen häufig gerufen wird.“

Die Bundesregierung hat sich zu dem Juni-Antrag noch nicht geäußert. Sie hat allerdings bisher immer betont, wie

Polizei wird aufgerüstet

„Besser als die GSG 9“

DORTMUND.—Die Aufrüstung der Polizei nimmt im gesamten Bundesgebiet und Westberlin immer mehr zu. Besonders viel wird für den Auf- und Ausbau der Sondereinheiten, der MEKs, SEKs usw. getan. Die Dortmunder Spezialtruppe rühmte sich dieser Tage, im Scharfschießen sogar die berühmte Grenzschutz-Sondereinheit GSG 9 zu übertreffen.

MEK, SEK und wie die Spezialtruppen der Polizei der Bundesländer alle heißen mögen — das sind Einheiten, die auf den Einsatz bei „inneren Unruhen“ gedrillt werden. Ihr Hauptzweck ist nicht die Erledigung gemeingefährlicher Gewaltverbrechen, auch wenn sie immer wieder so dargestellt werden. Heute schon sind Spezialeinheiten bei größeren Demonstrationen zugegen, laufen neben und — in Zivil — in ihnen herum, sichern als Scharfschützen bestimmte Gebäude usw. Die letzten Jahre über waren die Bundesländer, gerade nach dem Vorbild der GSG 9, bemüht, diese Truppen besonders schlagkräftig zu machen. Meldungen wie die aus Dortmund belegen, daß sie es

Anfrage der CDU/CSU: „Nach III. des „Programms für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ (im Februar 1974 von der SPD/FDP-Regierung in Übereinstimmung mit den Länderregierungen formuliert — RM) ist die Ausstattung mit Maschinengewehren und Handgranaten für den Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizeien der Länder vorgesehen (...). Daran wird festgehalten. Das veraltete Maschinengewehr soll durch eine technisch fortentwickelte Waffe ersetzt werden, die auch Einzelfeuer zuläßt und dem polizeilichen Auftrag besser gerecht wird.“ Sie begegnet den Forderungen der Unions-Parteien auch mit dem Hinweis darauf, daß die Einrichtung grenzferner bzw. „ortsnahe“ Stationierungsorte für den BGS bereits begonnen wurde — nämlich durch die Einrichtung einer Dienststelle für den Raum Frankfurt in Bad Schwalbach, wo derzeit (das heißt bereits im Herbst letzten Jahres) Einsatzkräfte in Stärke einer Einsatzhundertschaft bereitgehalten werden. Ein weiterer Ausbau dieser Dienststelle ist ebenso vorgesehen wie der Aufbau entsprechender Einrichtungen an anderen Orten, genannt wurde bereits Karlsruhe.

Die Bürgerkriegstruppe ist also schon ganz gut in Schuß. Und viele Bürger haben bereits ihre schmerzliche Erfahrung mit ihr gemacht. Aber das reicht bestimmten Kreisen nicht mehr aus. Sie befürchten für die Zukunft ein Anwachsen des Widerstandes, das angesichts der immer unversämterten Angriffe auf die Lebenslage und die Rechte besonders der werktätigen Menschen auch dringend geboten ist. Und sie bereiten sich auf ihre Weise darauf vor.

damit weit gebracht haben. Auch abgesehen von Demonstrationen sind gerade diese Polizisten mit Sonderausbildung, die z. B. eine besonders gute Beherrschung und besonnenen Einsatz der Schusswaffe gewährleisten soll, an den vielen Gewalttaten beteiligt, die westdeutsche Polizisten heutzutage auf unseren Straßen begehen, z. B. bei Verkehrskontrollen, wo immer mal wieder ein Autofahrer erschossen wird. Nicht Bürgerschutz, sondern Bürgerkrieg ist der Gesichtspunkt, der dieser Polizeiausbildung zugrunde liegt, und da wird die entsprechende menschenverachtende Ideologie mit anezogen. Diese Sondereinheiten sind eine Gefahr für uns alle.

„Deutschland jenseits von Oder und Neiße“

BONN.—Der Revanchismus, das Geltendmachen von Gebietsansprüchen nicht nur gegenüber der DDR, sondern auch gegenüber Polen durch Vertreter der westdeutschen Imperialisten, wird heute immer unverschämter und unverschämter zur Schau gestellt. Am 6. Juli wurde als Bundestagsdrucksache eine Große Anfrage der CDU/CSU veröffentlicht, die betitelt ist: „Zur Lage der Deutschen in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, sowie in Mittel- und Osteuropa“.

„Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße“. Da ver-

Land“. (Siehe den ausführlichen Artikel im RM 23/82.)

Zum Anlaß für ihren Vorstoß nehmen die Vertreter der äußersten Reaktion ihre angebliche Sorge um die Wahrung der Menschenrechte für die deutschstämmigen Einwohner in Polen bzw., wie sie es ausdrücken, wenn sie nicht gerade von „Ostdeutschland“ sprechen, „im polnischen Machtbereich“, sowie in Rumänien und der Tschechoslowakei. Dabei sind diese Parteien Menschenrechtsvertreter ähnlicher Güte wie US-Präsident Ronald Reagan, für den das „Menschen-



Der Revanchismus breitet sich aus. Auch die Revanchisten sind „Erben des Hakenkreuzes“, wie das Buch heißt, dem diese Karikatur entnommen ist. Es erschien 1968 in der DDR.

leiben die Unions-Parteien, die in Bonn an die Regierung drängen, unwidersprochen einen bedeutenden Teil Polens als „Deutschland“ ein! Hier ist wohl noch die alte Logik der Faschisten gültig: Deutschland ist, wo Deutsche wohnen. Es ist durchaus bezeichnend und kennzeichnet die politische Situation, daß von Bonner Parteien wieder derart offene Töne angeschlagen werden. Hier setzt sich der Kurs fort, der sich bereits auf den Tagungen der „Vertriebenenverbände“ um Pfingsten dieses Jahres abzeichnete. Damals verkündete bereits der stellvertretende Bundestagspräsident Windelen (CDU): „Auch Ostpreußen ist deutsches

recht“ auch eines seiner Lieblingsworte ist, das er immer dann anführt, wenn es um die Vorbereitung des Waffenganges mit der der sowjetischen Supermacht geht. Und genau in diese Strategie ordnet sich das CDU/CSU-Geschwätz von den „Menschenrechten für Deutsche“ ein. Es dient der Vorbereitung auf die ganz real geplante militärische Verwirklichung der geltend gemachten Gebietsansprüche.

Im gleichen Zusammenhang ist eine weitere Anfrage im Bundestag zu sehen, die sich mit „Fragen der deutschen Heimatvertriebenen im Geltungsbereich des Grundgesetzes“ befaßt. Darin geht es unter anderem um die Frage der propagandistischen Darstellung der Grenzen „Deutschlands“ durch die Medien, auf die die Bundesregierung Einfluß nehmen soll — und zwar dahingehend, daß in Büchern, vor allem aber im Fernsehen stets die Grenzen von 1937 gezeigt werden sollen.

Da wird behauptet: „Die kartographische Darstellung Deutschlands in den Fernsehkanälen entspricht — auch nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz zur Darstellung Deutschlands in den Schulatlanten und im Unterricht — noch immer nicht der Rechtslage Deutschlands.“ Da geht es um das Auffinden von „Möglichkeiten, zusammen mit den Ländern im Rahmen der Bemühungen um die Beachtung von Gesetz und Verfassung bei den Vertretern der politischen Kräfte und der gesellschaftlichen Gruppen in den Organen der Rundfunkanstalten und bei den Intendanten auf eine stärkere Betonung der Verfassungspflichten für Deutschland als Ganzes in den Sendungen hinzuwirken.“ Das ist der Ruf nach Gleichschaltung und politischer Zensur im Interesse des Revanchismus.



Stolz präsentiert Schießausbilder Hunke das Tötungswerkzeug der Dortmunder Polizei.

Nazi-Waffenlager bei Bielefeld

BIELEFELD. — Am Dienstag vergangener Woche wurde bei Haussuchen in 29 Wohnungen von Mitgliedern einer im Raum Bielefeld aktiven Wehrsportgruppe ein umfangreiches Waffenlager entdeckt, das auch schwerste Waffen enthält. Der Führer der Bande ist ein Neonazi, der dem kürzlich umgekommenen niedersächsischen Faschisten Lembke persönlich verbunden war. Lembke hatte das größte bisher bekannte Waffenlager in der Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands angelegt und diente verschiedenen terroristischen Gruppen als Waffenlieferant. Nur zwei der Faschisten erhielten Haftbefehle.

Unter anderem befanden sich unter den sichergestellten Waffen, Agenturmeldungen zufolge, 50 Faustfeuerwaffen, 60 Gewehre, 18000 Schuß Munition, 20 Sprengkörper, Zünder, Funkgeräte, 18 Dosen Nitrozellulosepulver, Springmesser und eine Panzerübungsrakete.

Nun muß nach Angaben der Dortmunder Staatsanwaltschaft „ein Teil der 19 Verdächtigen“ (19 Verdächtige nach Waffenfunden in 29 Wohnungen?) mit einer Anklage wegen verbotenen Waffenbesitzes rechnen. Ein Teil. Nicht alle.

Und eins stand für die Staatsanwaltschaft bereits unmittelbar nach den Funden fest: Man habe es nicht etwa mit einer neofaschistischen Organisation zu tun. Nur drei der genannten 19 Männer hätten angeblich „Kontakte oder Verbindungen“ zu Rechtsradikalen gehabt. Gegen die drei wurde Haftbefehl erlassen; einer davon wurde bereits wieder aufgehoben.

Keine Neonazis also. Was dann? Nun, ganz einfach: „Waffennarren“. Wozu die Wehrsportübungen im Teutoburger Wald, die unter Führung der amtlicherseits als „mit Rechtsradikalen bekannt“ klassifizierten Personen erfolgten, gedient haben, dazu gibt es keine Angaben. Daß davon eventuell eine Gefährdung ausgegangen sei, halten die Behörden offenbar für undenkbar.

Ku-Klux-Klan in Westdeutschland:

„Wir bomben die Asylanten heraus“

Auch in der Betreuung faschistischer Gefangener tätig

MÜNCHEN. — Westdeutsche Ableger des in den USA gegründeten rassistischen Geheimbundes Ku-Klux-Klan, einer zu jeder Gewalttat bis hin zum Mord bereiten Bande, verstärken in der letzten Zeit ihre Aktivitäten. Sie traten mit Morddrohungen gegen Farbige und Asylanten hervor und betätigten sich zudem als Betreuer verurteilter Faschisten in westdeutschen Gefängnissen.

„Wir bomben die Asylanten heraus“, kündigte die westdeutsche Aktionsgruppe „United Klans of Germany“ sogar in einem Offenen Brief an Bundeskanzler Schmidt an. „Tod den Juden, Asylanten und Türken“, hieß es in dem Schreiben weiter. Aktiv vor allem in Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern, haben diese Faschisten neben der Verbreitung ihrer rassistischen Hetze über Flugblätter, Plakataktionen usw. auch bereits Anschläge mit Molotow-Cocktails auf Ausländerwohnheime verübt. Sie fühlen sich jetzt offenbar ermutigt, ihre Terroraktionen zu verstärken. Auch um ihre Bewaffnung kümmern sie sich; bekannt wurde unter anderem der Diebstahl des Generalschlüssels für US-Militäranlagen in Mainz.

Den Klan-Gruppen in Westdeutschland werden mehr als 1000 Mitglieder zugerechnet.

„Waffennarren“. Das Wort klingt so bekannt. Wann haben wir es zum letztenmal gehört? — Richtig: Bei dem bekannten Neofaschisten Oxner, der in Nürnberg drei Ausländer ermordete, der seine ideologische Schulung von der NPD erhielt und den die Behörden dennoch als „Einzeltäter“ und eben als „Waffennarren“ bezeichneten und nach dessen Selbsttötung dann auch keinerlei Aktivitäten mehr folgten, um die Ursprünge der Gewalttat aufzudecken und gegen die faschistischen Organisationen wie die NPD vorzugehen.

Hier soll gar nicht bestritten werden, daß es Menschen gibt, die sich — auch außerhalb von Schützenvereinen und ähnlichen Institutionen — für Waffen interessieren und damit üben, ohne Faschisten zu sein. Und auch nicht die Tatsache, daß Neonazis bevorzugt in solche Gruppen eintreten, um die oft leicht zu beeinflussenden Mitglieder in ihrem Sinne zu formen. Das tun sie, das tun sie auch bei Schützenvereinen; aus denselben Motiven wirken sie in Kampfsportvereinen usw. Aber wo die Behörden so vorschnell mit dem Wort „Waffennarr“ bei der Hand sind, da muß man aufgrund der Erfahrungen mißtrauisch sein. Da wird oft gelogen, werden Tatsachen unter den Teppich gekehrt.

Im übrigen tragen die Behörden die Verantwortung dafür, daß den Nazis dieses

Treiben möglich ist. Einmal dadurch, daß sie ganz allgemein die Nazi-Banden weitestgehend unbehelligt lassen, daß sie die NPD etwa fortwährend neue Aktivisten heranziehen lassen, die sich dann in den verschiedensten Terrorbanden, an den verschiedensten Orten unseres Landes wiederfinden. Zum anderen dadurch, daß sie selbst bekannte Mitglieder von Terrororganisationen, die inzwischen offiziell verboten sind — wie die Hoffmann-Bande und die VSBD — weiterarbeiten lassen, in immer neuen Gruppen. Wie aus einer Studie des Pressedienstes Demokratische Initiative hervorgeht, hat gerade nach dem Verbot der Hoffmann-Truppe eine Tendenz zur Bildung aktiver „Kleingruppen“ militanter Neonazis eingesetzt, die oft nur über die Gruppenleiter in Verbindung stünden — also verstärkt konspirativ arbeiten.



Nur einen Teil des Waffenarsenals zeigt dieses Funkbild.

Kabelfernsehen unter Springer-Regie

LUDWIGSHAFEN. — Der ehemalige Chefredakteur der „Bild“-Zeitung und Vertraute des reaktionären Pressezairen Axel Caesar Springer, Peter Boenisch, wurde zum Leiter des Ludwigshafener Kabelfernseh-Pilotprojektes berufen. Das veranschaulicht, was von einer Verwirklichung der Idee des Kabelfernsehens politisch zu erwarten ist.

Kabelfernsehen — das ist ein Lieblingsprojekt besonders der politischen Reaktion unseres Landes. Wie alles, was den bisherigen öffentlich-rechtlichen Status von Radio und Fernsehen unterhöhlen bzw. ersetzen soll. Denn damit ergibt sich für die Wirtschaft und finanzkräftige Reaktionäre der direktere Zugriff zu den Medien, die Möglichkeit vollkommen ungefilterter Meinungsmache. Von diesen Kreisen werden die Projekte gemeinhin mit dem Schlagwort von „mehr Freiheit“, „mehr Auswahl“ usw. verkauft.



Boenisch und Springer im trauten Gespräch.

Als „Verdachtsmomente“ gegen die beiden mit einem Haftbefehl belegten Nazis wurden angegeben: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Verstöße gegen das Waffengesetz und das Kriegswaffenkontrollgesetz. Als Hauptschuldiger wird ein 43-jähriger Mann aus Bad Salzungen genannt. Und dieser hatte, das ist in besonderem Maße interessant, persönliche Kontakte zu dem Forstmeister Heinz Lembke, der nach der Entdeckung eines riesigen Waffenlagers in der Lüneburger Heide unter mysteriösen Umständen im Gefängnis ums Leben kam, bevor er nähere Angaben über das von ihm verwaltete Arsenal machen konnte. Obwohl Lembke lange als Nazi bekannt war, wurde er nach dem Waffenfund als Einzelgänger bezeichnet. Man tat alles, um seine Verbindungen zu anderen Nazi-Banden zu vertuschen, Verbindungen, wie er sie unter anderem zur Mörderbande des selbsternannten „Reichsverwesers“ Roeder hatte. Nichts kam auch bei der oberflächlichen und sehr kurzen Untersuchung heraus, wie dieser „Einzeltäter“ seine Waffen aus Bundeswehr-Beständen

beziehen konnte.

Aus Bundeswehr-Depots stammt übrigens auch, soviel wurde bereits zugegeben, ein Teil der Waffen der Bielefelder Gruppe! Nichts deutet aber darauf hin, daß jetzt darangehen werden soll, die Verbindungen der Nazi-Banden zur bundesdeutschen Wehrmacht aufzudecken.

Mit den in Bielefeld gefundenen Waffen seien weder bereits Anschläge durchgeführt worden, noch deute etwas darauf hin, daß solche beabsichtigt gewesen wären. Auch das weiß die Dortmunder Staatsanwaltschaft. Aber alle bisherigen Erfahrungen belegen: Früher oder später wären sie dazu benutzt worden. Die Nazis üben nicht nur zum Spaß.

Bonn setzt Finanzierung der NPD fort

BONN. — Der Vorsitzende der NPD, Mußnug, hatte am 2. Mai noch einmal darauf aufmerksam gemacht, auf welche Weise die Existenz seiner faschistischen Partei durch die Bundesbehörden gesichert wird. Und zwar in diesem Fall in finanzieller Hinsicht. Die NPD schuldet seinen Angaben zufolge dem Bund noch 738 000 Mark Wahlkampfkostenvorauszahlungen, „die aufgrund eines Abkommens mit dem Bundestagspräsidium in monatlichen Raten von 750 Mark abgezahlt werden können“.

Inzwischen äußerte sich die Bundestagsverwaltung dazu. Nämlich so: Erstens bezifferte sie die Schulden auf 718 000 DM. Und zweitens erklärte sie, die Angabe über die Ratenzahlung sei falsch — die NPD müsse jährlich 25 000 Mark zurückzahlen. Somit stünde die Nazi-

Die letzten Anschläge wurden übrigens nicht aus Deutschland, sondern aus Österreich gemeldet, das für die Nazis allerdings nicht als Ausland gilt. In der Salzburger Innenstadt explodierte eine Bombe der Faschisten, antisemitische Flugblätter wurden ausgestreut.

Die faschistischen Terroristen sind nach wie vor aktiv. Das schonende Verhalten der Behörden ihnen gegenüber ist kriminell. Die Waffenfunde von Bielefeld unterstreichen erneut die Notwendigkeit für alle Antifaschisten, entschieden für das Verbot aller faschistischen Organisationen und faschistischer Propaganda, für die strengste Bestrafung aller faschistischen Aktivisten einzutreten.

Partei nicht bis zum Jahre 2064, sondern „nur“ bis zum Jahr 2010 in der Pflicht.

Wie dem auch sei, diese Zahlenspielerlei bleibt lächerlich angesichts des politischen Skandals, der sich dahinter verbirgt.

Die Werktätigen und sozial Schwachen in unserem Land werden gegenwärtig immer kräftiger zur Kasse gebeten. Und von zinslosen Krediten kann unsereins nur träumen, wobei es sicher nie um 700 000 DM ginge. Aber den Feinden der Werktätigen, der Faschistenpartei, werden solche Kreditbedingungen eingeräumt! Der Faschistenpartei wird das finanzielle Überleben gesichert, denn ohne die brüderliche Hilfe aus Bonn hätte sie längst Bankrott anmelden müssen! Ohne diese Hilfe wären die aufwendigen „Ausländer-Stopp“-Kampagnen und ähnliche volksfeindliche Aktivitäten nicht möglich...

Niederlage für die NPD

STADE. — Weil er die NPD-Parole „Rotfront verrecke“ unter Hinweis auf Parallelen zur NSDAP und zur Nazi-Zeit in einem Leserbrief an das „Stader Tageblatt“ als Ruf nach neuen KZs gekennzeichnet hatte, war der Lehrer Fritz Tiemann zu einer Geldstrafe von zwölf Tagessätzen verurteilt worden. In der Berufungsinstanz vor dem Landgericht Stade erfolgte nun Freispruch. Staatsanwaltschaft und Gericht scheuten angesichts der breiten Öffentlichkeit vor einer Bestätigung des Skandals zurück.

Mit Rufen wie „Rotfront verrecke“ und „Euch Schweine hat man wohl vergessen zu vergasen“ hatten NPD-Faschisten bei einem Aufmarsch in Stade antifaschistische Demonstrationen beschimpft. Das nahm Fritz Tiemann zum Anlaß für seinen mehr als berechtigten Leserbrief.

Den Faschisten passierte nichts. Fritz Tiemann aber, dessen Absicht es eigentlich gewesen war, die Behörden zu Maßnahmen gegen die Faschisten zu veranlassen, erhielt einen Strafbefehl — er habe „die Ehre der NPD verletzt“. Auf seinen Widerspruch folgte der Prozeß, in dem Tiemanns geschichtliche Darlegungen, die zum Beweis für die Berechtigung seines Protestes dienen sollten, auch noch besonders gegen ihn gewertet wurden — er habe sich damit nämlich als „Überzeugungstäter“ erwiesen.

Nach diesem Urteil gab es massenhafte Proteste. Unter anderem gaben Heinrich Albertz, Jurek Becker und Günter Grass eine gemeinsame Erklärung zu diesem Skandal ab, wegen der sie sich im „Stader Tageblatt“ von einem gewissen Gert März „Prozeßbeeinflussung“ vorwerfen lassen mußten, die eigentlich bestraft werden müßte. Im übrigen, so Herr März, sei es nicht „exakt erwiesen“, daß die NPD neue KZs fordere...

Abgesehen von dem profaschistischen Standpunkt dieses Menschen, ist hier vor allem interessant, daß es sich bei ihm um den Präsidenten des Stader Landgerichts handelt. Das heißt, hier hielt der oberste Richter des Gerichtes, vor dem die Berufungsverhandlung stattfinden mußte, ein öffentliches Plädoyer gegen den Angeklagten ab! Wo liegt hier wohl die Prozeßbeeinflussung?

Daß es dennoch zu einem Freispruch kam, liegt wohl vor allem daran, daß dem Gericht und auch der Staatsanwaltschaft die ganze Sache zu heiß wurde. Dafür sorgte wohl auch die Prozeßvorbereitung des Angeklagten. Er wollte durch Zeugenaussagen namhafter Wissenschaftler und anderer Persönlichkeiten vor Gericht klären lassen, mit welchen Parolen die NSDAP am Ende der Weimarer Republik auftrat, was mit diesen Parolen gemeint war, wie sie heute in der Agitation der NPD wiederkehren, welche Verbindungen es zwischen NPD und NSDAP sowie der heutigen NSDAP/AO gibt und in welchem Maße NPD-Anhänger an faschistischen Terroranschlägen beteiligt sind. Aber da signalisierte der Staatsanwalt schon, daß er selbst nun auf Freispruch plädieren würde, und die Richter sorgten für eine rasche Beendigung des Verfahrens ohne diese interessante Lehrstunde.

Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Aus der Geschichte lernen!

Am 20. Juli wurde in Westberlin, aus Anlaß des Attentats im Jahre 1944 auf Adolf Hitler, eine Gedenkveranstaltung für die Frauen und Männer des Aufstandes, die ihr Leben gelassen haben, abgehalten. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nahmen daran teil. Der Bundeswehrgeneralinspekteur Jürgen Brandt erklärte in einem Tagesbefehl an die Truppe, mit ihrer Tat hätten die Widerstandskämpfer den Deutschen etwas von ihrer Ehre zurückgegeben und den Weg für ein freies Deutschland bereitet. Polit-Wissenschaftler versuchten zu erklären, daß Hitler als Einzelperson an allem Schuld war und den deutschen Staat keine Schuld trafe. Durch die Tat dieser Männer ist bewiesen, daß von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes keine Rede sein kann.

So oder ähnlich war es von den vielen Rednern zu hören. Ich bin der Meinung, daß es sehr wichtig ist, aus der Geschichte zu lernen. Aber wir als Arbeiter können nur aus der Geschichte der Arbeiterklasse lernen und nicht von den staatlich honorierten Geschichtsfälschern der Monopolkapitalisten. Wir müssen lernen von den Widerstandskämpfern der Arbeiterklasse, das sind wir den vielen Opfern, die im Kampf gegen das Hitler-Regime im KZ, im Zuchthaus, bei den Interbrigaden in Spanien und im Nationalkomitee Freies Deutschland ihr Leben gelassen haben, schuldig. Der Widerstandskampf gegen Hitler und den Faschismus begann nicht erst 1943. 1943 bekamen die deutschen Truppen die Schläge der Roten Armee zu spüren, und es war vielen klar, daß der Krieg für Nazi-Deutschland nicht siegreich enden würde. Der Kampf gegen das Nazi-Regime begann in den 30er Jahren. Ich möchte daran erinnern, daß es die KPD war, die klar sagte: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler und wer Hitler wählt, wählt den Krieg! Das ist eine historische Tatsache.

Von 1933 bis 1945 saßen Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten und Antifaschisten gemeinsam in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern, weil sie Widerstand geleistet hatten gegen Hitler und seine Verbrecher. In Spanien kämpften in den Reihen der Interbrigaden Antifaschisten aus Deutschland gegen Franco-Faschisten mit Hitlers Legion Condor. Viele arbeiteten und kämpften im Nationalkomitee Freies Deutschland gegen die Hitler-Truppen an vielen Fronten des Krieges.

Über 200000 Deutsche wurden wegen ihrer politischen Einstellung von den Nazis ermordet. Diese Männer und Frauen sind unsere Vorbilder, an ihrem Kampf sollten wir uns orientieren.

Gedacht und geehrt werden in der BRD aber nur die Opfer des 20. Juli 1944. Sie waren zum großen Teil Generäle und Offiziere der großdeutschen Wehrmacht.

Es ist doch gestattet, daß ich mir darüber einige Gedanken mache.

Solange der von Nazi-Deutschland angefangene Krieg siegreich war und man fette Beute machte, machten diese Herren zum größten Teil begeistert mit. Sie wurden von Hitler hoch dekoriert und ausgezeichnet, auch finanziell wurden sie von ihrem Führer bedacht.

In dieser Zeit regte sich bei den Herren kein Widerstandsgefühl, trotz Verbrechen, die in allen eroberten Ländern von den Hitler-Truppen begangen wurden. Ich erinnere an den Kommissarbefehl, an die Vernichtung von Millionen Juden, Kriegsgefangener und der sogenannten slawischen Untermenschen. Trotz Mord und Vernichtung von Unschuldigen wie in Lidice, in Oradour oder in Borowa, wo deutsche Soldaten Frauen, Kinder und Greise ermordeten und die Ortschaften dem Erdboden gleichmachten.

Sollten das die Herren nicht ge-

wußt haben, wie so viele Deutsche, die sich an nichts mehr erinnern können? Ist es mir angesichts dieser Tatsachen nicht erlaubt zu fragen, warum erst das Gewissen bei diesen Herren schlug, als es jedem klar war, daß der Krieg für Hitler-Deutschland verloren war?

Man sollte fragen: Was wollten diese Herren? Was wollten sie retten? Ihren Besitz, ihre Güter? Oder was? Sie wollten Deutschland vor dem Untergang bewahren, nachdem sie erst kräftig mitgeholfen hatten, Deutschland in den Untergang zu führen? Als dann die deutschen Truppen halb Europa in Schutt und Asche gelegt hatten, da wollte man einen ehrenvollen Frieden für sich? Nein, das deutsche Bürgertum hatte Angst, ganz einfach Angst, daß die Rote Armee an den Grundfesten des Kapitalismus rütteln würde. Heute, 1982, wird in der BRD nur der Männer des 20. Juli 1944 und wenn es hoch kommt noch der Geschwister Scholl, aber das schon halberzig, gedacht.

Dafür zeigen aber die Abgeordneten des deutschen Bundestages aller Fraktionen stolz ihre Kriegsauszeichnungen aus dem Nazi-Krieg. Die Soldaten in der Bundeswehr wissen kaum etwas über den Widerstand der deutschen Arbeiter. Das wird ja auch nicht gelernt auf den Bundeswehr-Hochschulen, dafür wird aber alte Tradition gepflegt, mit Nazi-Liedern und Judenverbrennen. Treffen mit alten Kameraden, auch der Hlag, sind an der Tagesordnung. Erinnern wir uns, die Bundeswehr übernahm ca. 40 Generäle, ca. 10000 Offiziere und viele Unteroffiziere der Nazi-Wehrmacht bei ihrem Aufbau. Soldaten mit Osterfahnen wurden bevorzugt. Damit zog der alte Nazi-Geist in die junge Bundeswehr mit ein. Alte Ideale und preußische Tradition der Heldenverehrung der Nazi-Soldaten werden wachgehalten. So wurde jede Art von demokratischer

Erneuerung, von der soviel gesprochen wird, von vornherein unterbunden.

Ein Offizier des Widerstandes, Herr Gersdorf — das ist der Mann, der Graf Stauffenberg das „Bömmchen“ besorgte — wurde von Herrn Globke, einem alten Nazi und Vertrauten des Herrn Adenauers, als Offizier für die Bundeswehr abgelehnt. Von seinen ehemaligen Offizierskollegen wurde er als Landesverräter gemieden (nach Aufzeichnung im TV).

Die Lehren des Widerstandskampfes sind heute noch aktuell, daraus zu lernen ist die Pflicht aller Antifaschisten. Aber stattdessen sind Widerstandskämpfer heute nicht mehr gefragt, oder sie werden als Nestbeschmutzer behandelt. Der Antikommunismus, dessen sich schon Hitler bediente und von dem Thomas Mann sagte, er sei die Grundtorheit des 20sten Jahrhunderts, wird heute wieder aus von sogenannten Demokraten angewendet.

Für uns als Kommunisten ist es nicht nur eine Pflicht, sondern eine Ehre, das Banner der Widerstandskämpfer der Arbeiterklasse hoch zu halten und zu verteidigen.

H. D.,
Bad Homburg

Pessimistisch?

In einem Brief, in dem er über eine Veranstaltung zur Solidarität mit der PLO in Bremen berichtet, stellt ein RM-Leser im Schlußteil folgendes fest:

Bei der Diskussion der Rede Alawis fiel uns auf, daß der „Rote Morgen“ bis zur Nr. 26 (danach wurde es besser und gründlicher) eine ziemlich unklare Haltung einnimmt. Man bekam aus dem Zentralorgan der KPD in etwa einen ähnlich pessimistischen Eindruck, wie aus den bürgerlichen Medien. Israel total gute Karten, PLO heroisch aber zum Tode verurteilt, von allen verlassen, keiner hilft. Das ist, wohlwollend gesehen unklar, weniger wohlwollend sogar falsch. Nicht die PLO ist isoliert, sondern Israel, das sich nur noch mit US- und EG-Hilfe hält. Überall Demonstrationen gegen die Invasion. Nicht die arabischen Scheichs sind für uns interessant, sondern die arabischen Völker. Wenn, wie Alawi zu berichten wußte, in den von oben eingesetzten Parlamenten scharfe Proteste gegen das Nichtstun erhoben wurde, ist das nur die Spitze des Eisbergs vom Unwillen und der Wut der arabischen Völker.

Das Volk des Libanon, besonders die demokratischen Kräfte, haben immer mit den Palästinensern zusammen gekämpft, sie tun es auch weiterhin, denn die faschistischen Milizen im Schatten der Israelis sind die Truppen der Großgrundbesitzer.

Inzwischen ist aber die Berichterstattung im „Roten Morgen“ besser geworden.

Bis bald.
Rolf
aus Bremen



Die Akteure des 20. Juli: Es steht reaktionäres Kalkül dahinter, wenn sie als die einzigen Widerstandskämpfer dargestellt werden.

Nachfrage

Betr.: RM, Nr. 26, Leserbrief von Harald und eure Antwort „Anreden“

Liebe Genossen, Genossinnen

Ich lese den „Roten Morgen“ immer gerne, trotz meiner Deutschkenntnisse fast alle Seiten. Und ich muß mich bedanken, weil ich von euch immer Antwort bekommen habe.

Also, diesmal RM Nr. 26 ist Sache. Genosse Harald hat geschrieben, was ich auch schreiben wollte. Und eure Antwort an Genossen Harald ist für mich eigentlich ein bißchen oberflächlich und unverständlich geschrieben.

„Wir sind eben nicht der Meinung, und das haben wir nun wirklich lange besprochen, daß die DKP-Mitglieder Sozialfaschisten sind. (Auch nicht, wenn sie an bestimmten Punkten gegen uns aufgetreten wurden.) Wenn es richtig ist, mit jemanden gemeinsame Kampfaktionen zu machen, dann kann es auch nicht falsch sein (und schon gar keine wichtige Frage), wenn man ihn Genosse nennt...“ (Redaktion RM)

Ich bin manchmal mit mir nicht klar für einige Sachen. Jetzt habe ich zum Beispiel nur wegen oben genannter Sätze viele Fragen im Kopf. Ich frage mich dann:

— Wer sind die Sozialfaschisten, wenn DKP-Mitglieder keine Sozialfaschisten sind, nur die DKP-Führung? Oder vielleicht wäre einfacher so zu fragen: Was verstehen wir unter Sozialfaschismus und Sozialfaschisten?

Ich muß ehrlich sein und sagen: Das waren vom RM einfach gedachte und geschriebene Sätze, denke ich. Wenn man so sagt, dann kann man auch so sagen, also MHP ist eine faschistische Partei, aber

Graue Wölfe sind nicht faschistisch usw.

Sie können sagen: So kann man nicht vergleichen, aber ist das nicht irgendwie logisch?

Ich kenne auch viele DKP-Mitglieder (oder Sympathisanten) und auch von unserer TKP („K“P der Türkei) viele „Sozialfaschisten“. Wenn ich mit denen irgendwie und irgendwo Kontakt habe, können sie als einzelne Personen ganz nett usw. sein, aber das ist Politik und im Kampf kann man solche Sachen nicht so einfach nehmen. Also, wenn ich mit denen über Politik rede, dann sind sie als DKPler oder TKPler für mich Sozialfaschisten, weil DKP oder TKP Sozialfaschisten sind.

Ich kenne zum Beispiel einige ältere Leute, die waren Soldat, sogar als Nazi. Einer sagte von denen: Er hatte keine Ahnung, was Hitler machen wollte, er wußte nichts von KZs, aber er war Soldat, er hatte gemacht, was für Befehle er bekommen hat...

Aber wir sagen trotzdem „Deutsche Nazis“, „Deutsche Faschisten“ usw. Dieser oben genannte Alte ist auch drin, wenn wir Deutsche Nazis waren in Albanien, Sowjetunion usw. sagen. Praktisch, logisch, er war auch ein Nazi, Faschist. Was sagen Sie dazu?

Also wir reden nicht von einzelnen Personen, sondern von einer Ideologie. Wenn wir für DKP und ihre Führung Sozialfaschisten sagen, dann müssen wir auch für ihre Mitglieder sagen, sonst umgekehrt.

Noch was...

Ich bin auch der Meinung (wie der Genosse Harald): Es ist wohl richtig mit Mitgliedern der SEW oder DKP oder TKP gemeinsame Aktionen gegen Faschisten zu un-

ternehmen. Wenn der Kampf hart und schwierig wird, dann werden sie sowieso nicht mit uns kämpfen. Ich halte es jedoch für falsch, nicht nur im „Roten Morgen“, sondern überall von den „Genossen“ der SEW, DKP, TKP zu schreiben und zu reden.

Was würden Sie sagen, wenn ich aus Bonn (10.6. 82) einen Bericht an die Redaktion des RM schicken würde mit dieser Überschrift:

— In Bonn haben ca. 400000 Genossen und Genossinnen gegen Reagan usw. demonstriert?

Ich kann es einfach nicht akzeptieren, wenn Sie „...dann kann es auch nicht falsch sein (und schon gar keine wichtige Frage), wenn man ihn Genossen nennt...“ sagen.

Das kann ich nicht verstehen. Ich komme aus der Türkei. Ich bin seit zweieinhalb Jahren in Deutsch-

land (BRD) und bin 21 Jahre alt. Ich habe erst 1975 angefangen, mit Politik was zu machen. Danach war ich als YDGF-Mitglied im Krankenhaus, Gefängnis und im Kampf gegen Faschismus. In diesem Kampf waren Sozialfaschisten als Konterrevolutionäre gegen uns. Genau! Gegen uns, sogar haben sie einige der besten Genossen von uns umgebracht. Und Sie sagen, das ist nicht falsch, wenn wir sie als Genossen nennen. Was würde Genosse Manfred Wilhelm dazu sagen? Sind die DDR-Sozialfaschisten (nicht die Bevölkerung, sondern Partei und ihre Mitglieder) Genossen für Manfred und die anderen? Ich kann für „Mitlinke“ oder für „Mitläufer“ auch keine Genossen sagen.

Mit kommunistischen Grüßen
Ein Leser aus Fulda

Hinweis

Leserbriefe (oder auch Berichte), die auf dieser Seite veröffentlicht werden, stellen selbstverständlich nicht immer die Meinung der Redaktion dar. Auch dann nicht, wenn keine Antwort beigefügt ist, denn in der Regel werden wir alle Leserbriefe ohne Antwort oder Kommentar abdrucken. Außer, es werden in so einem Brief Fragen gestellt, die möglichst schnell beantwortet werden sollten und für viele Leser praktisch interessant sind. Aber auch beim „Roten Morgen“ gilt: Je kürzer, desto schneller kommt ein Brief rein. Ansonsten erhält jeder, der uns schreibt, per Brief eine Antwort. Eine Gewähr für die Veröffentlichung jedes Briefes können wir nicht geben — wobei bisher, in den zwei Wochen seit Organisation der Leserbriefseite, wohl schon deutlich wurde, daß es dabei nicht darum geht, Kritik an unserer Arbeit unter den Tisch fallen zu lassen.

I. Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD

W. Sch., Bochum	DM 2000,-
W. H., Westberlin,	1000,-
OG Bochum,	577,-
LBV Weser-Ems,	1110,-
C. K., Osnabrück,	96,-
OG Witten,	3000,-
Ortszelle Witten,	150,-
P. Pl., Marl	52,75
OG Gelsenkirchen,	1000,-
E. A., Müden,	100,-

insgesamt DM 9085,75

Damit gingen für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD bisher insgesamt 69110,02 DM bei uns ein.

II. Spenden für die verfolgten Genossen in der DDR

LBV Weser-Ems, DM 100,-

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden. Die nächste Spendenliste erscheint im RM vom 3.9. 1982.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

...

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60,- ☐ halbjährlich DM 30,-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

RM-Erzählwettbewerb

Diesmal ist es eine Kurzgeschichte eines RM-Lesers aus Kiel, die wir im Rahmen unseres Erzählwettbewerbs abdrucken. „Ärger“. Nun, die Sorgen und Nöte der Hauptfigur dieser Erzählung sind nicht die unseren. Bei uns herrscht eher Freude vor über die guten

Beiträge, und Vorfreude auf unser Pressefest stellt sich ein, auch wenn es noch eine Menge Arbeit gibt. Und wenn euch die Zeit bis zum Fest lang wird — verkürzt sie euch doch durch das Schreiben weiterer Erzählungen...

Ärger



„Anzeiger“ über den Antrag, mich aus der Wählerliste zu streichen, hat mich etwas betrübt.“

„Lieber N., die Publizierung des Falls war nicht zu vermeiden. Aber sehen Sie, wie klein und wie diskret die Notiz gehalten war.“

„Dennoch wäre es mir lieber gewesen, wenn der „Anzeiger“ das nicht erwähnt hätte.“

„Ich sagte ihnen ja schon, daß wir diese Notiz sehr klein und unbedeutend gehalten haben. Hätten wir den Vorgang aber überhaupt nicht erwähnt, hätten die Linken sicher ein Flugblatt herausgegeben, und wir wären mit dem „Anzeiger“ in den Geruch der Parteiabhängigkeit geraten. Das müssen wir als unabhängige Zeitung aber unbedingt vermeiden. Daß unsere Sympathien für ihre Partei sehr eng sind, das wissen Sie aber doch, lieber N.“

„Das stimmt schon. Aber da passieren dann doch immer wieder kleine Pannen. Wenn ich mich da z. B. an den Leserbrief der Delegation für Altstadtssanierung aus L. erinnere, den der Anzeiger gedruckt hat vor etwa einem halben Jahr!“

N. hatte die letzten Worte etwas heftiger gesprochen. Die Erinnerung an den Leserbrief der Delegation trieb ihm die Zornesröte ins Gesicht. Die Delegation aus L. hatte sich damals ein paar Tage die Kreisstadt angeeignet und das Resümee ihrer Erkenntnisse als Leserbrief veröffentlicht. Darin zeigten sie auf, wie gute alte Gebäude verfielen, wie nichts zu ihrer Erhaltung getan wurde. Der Verfall der historisch wertvollen Häuser war der erste Schritt zu ihrem späteren Abbruch. In den Lücken zwischen alten Gebäuden entstanden dann Geschäftsgebäude aus Beton. Das Fazit der Delegation: „Die Kreisstadt sei eine Stadt, in der die Denkmalschützer nichts, die Hochbauunternehmer aber alles zu sagen hätten.“

S. versuchte zu beschwichtigen:

„Aber es wurden doch in dem Leserbrief damals gar keine Namen genannt. Hier ist wieder das alte Dilemma: Wenn wir immer nur nach links schießen, wird die Zeitung eintönig und uninteressant. Meine Sympathien sind ganz auf Ihrer Seite, aber dennoch muß ich auch hin und wieder eine leichte Spitze nach rechts austeilen, damit beim Leser das Gefühl der Ausgewogenheit der Meinungen besteht. Im übrigen habe ich ein Interesse daran, daß Ihre Partei die Kommunalwahl gewinnt, da werde ich Ihrer Partei doch vor der Wahl nichts Schlechtes nachsagen!“

N. war zufrieden. Er sprach noch von einer geplanten Anzeigenserie seiner Firma im „Anzeiger“ und vereinbarte, daß S. im „Anzeiger“ über die Ablehnung des Antrags im Wahlausschuß ausführlich und in auffälliger Aufmachung berichten sollte.

Nach einem weiteren Kognak verabschiedete sich N. Froh gelaunt trat er auf die Straße. Sein Ärger war verflogen und einer beinahe ausgelassenen Heiterkeit gewichen. N. setzte sich hinter das Steuer seines Wagens und brauste seinem Traumhaus zu, wo ihn ein gedeckter Mittagstisch erwartete.

„Aber dein segensreiches Wirken kommt doch weniger der Gemeinde M. als der Kreisstadt zugute, wieso solltest du da nicht in der Kreisstadt wählen dürfen?“

N. beschloß, seine plötzliche Unruhe und seinen aufkeimenden Ärger zu verdrängen, indem er wider seine Gewohnheit noch etwas aß. Zum Pulsieren hauptsächlich im Bereich beider Schläfen war nun noch ein Gefühl der Leere in der Magengegend hinzugekommen. Da würde ein weiteres Hörnchen wohl Abhilfe schaffen.

„Die eigentliche Kalamität“, setzte er seiner Frau auseinander, „besteht nicht darin, daß ich nicht wählen darf, sondern vielmehr, daß ich nicht gewählt werden kann. Ich würde meinen Platz auf der Liste der Partei verlieren, und, hier liegt die eigentliche Bedrohung, meinen Sitz im Bauausschuß der Stadt.“

„Aber bist du denn nicht in der Kreisstadt gemeldet? Da ist doch die kleine Wohnung direkt über dem Büro, die läuft doch auf unseren Namen.“

„Das ist schon richtig. Es erschien mir nur Vergeudung, die Wohnung leerstehen zu lassen. So habe ich sie einem meiner Poliere vermietet. Der ist ledig und suchte gerade eine neue Wohnung. Unter der Bedingung, daß die Wohnung unter meinem Namen läuft und daß der Polier sich deshalb kein Telefon zulegen darf, habe ich ihm die 2-Zimmer-Wohnung mit Bad über dem Büro vermietet, und zwar erheblich unter dem üblichen Tarif.“

„Vielleicht hat der Kerl gequatscht?“

„Das werde ich nachher gleich prüfen.“

N. verspürte weiterhin die Leere in der Gegend seines Magens. Er ging zu einer Anrichte im Speisezimmer, entnahm ihr eine Kognakflasche und genehmigte sich zwei Gläser. Nun fühlte er sich besser. Er verabschiedete sich von seiner Frau, setzte sich ins Auto und fuhr zu seinem Büro in der Kreisstadt.

Dort besprach er mit seinem Prokuristen einige kleine Probleme und erkundigte sich nebenbei, auf welcher Baustelle der Polier arbeite, dem er die Wohnung über dem Büro vermietet hatte; ob er mit dessen Arbeit zufrieden sei. Nachdem er einige Papiere unterzeichnet hatte, fuhr er zu der Baustelle, auf der der Polier arbeitete.

kampf lief auf Hochtouren; es blieben nur noch wenige Tage bis zur Kommunalwahl. Plötzlich fuhr er auf: „Oh diese Frechheit!“ zischte er.

„Was ist denn?“ fragte seine Frau.

„Da hat doch gestern so ein linker Sozialisierer beim Wahlausschuß der Kreisstadt den Antrag gestellt, mich aus der Wählerliste zu streichen!“

„So eine Unverschämtheit! Gerade du hast dich doch um die Kreisstadt verdient gemacht. Daß der Mann den Mut hat, so etwas zu verlangen!“

„Da siehst du mal, wozu die Linken fähig sind!“



„Der Wahlausschuß wird den Antrag doch wohl zurückweisen?“

N. nahm einen Schluck Kaffee und entgegnete dann:

„Das hoffe ich doch. Ich muß nachher mal mit dem Bürgermeister telefonieren. Der führt im Wahlausschuß den Vorsitz. Mich wundert, daß er mich darüber nicht schon benachrichtigt hat.“

N. merkte, daß sein Puls schneller schlug, er meinte, er hätte einen Kloß im Hals. Dieser Schlag hatte ihn getroffen, so sehr er sich auch bemühte, sich nichts anmerken zu lassen. Aufmerksam las er die Zeitungsnotiz ein zweites Mal.

„Schreibt der „Anzeiger“ eigentlich, wie dieser unverfrorene Antrag begründet wurde?“

„Ja. Da mein Wohnsitz in der Gemeinde M. liege, hätte ich kein Recht, in der Wählerliste der Kreisstadt eingetragen zu sein.“

sonderen Anlässen gern den Gottesdienst gemeinsam mit seiner Familie, hörte mit Genuß die feierliche sakrale Musik. Ansonsten lebte er nach seinen eigenen Moralvorstellungen.

Der Eintritt in die große Partei eröffnete ihm neue Wege und Möglichkeiten. Er lernte einflußreiche Leute kennen und gewann selbst an Einfluß. Sein Baugeschäft belebte sich.

Mit der Zeit gelang es ihm, Ortsvorsitzender der Partei in der Kreisstadt zu werden, in der sein Baugeschäft lag. Bis dahin hatte es einiger Intrigen und Machtkämpfe bedurft, an die er sich nicht so gern erinnerte. Als seine ehrgeizigen Mitstreiter jedoch erkannten, daß er sich auf die Kommunalpolitik beschränkte und nicht noch höher hinauswollte, ließen sie ihn in Ruhe. Er hatte eine Zeitlang mit dem Posten des Bürgervorstehers geliebäugelt; für sein Geschäft wäre das Erlangen dieses Amtes ohne Konsequenzen gewesen. So gab er sich zufrieden mit dem Vorsitz im Bauausschuß der Stadt, den er nun seit einigen Jahren innehatte. Seitdem baute er so gut wie jedes öffentliche Gebäude in der Kreisstadt, aber auch für den privaten Bausektor brachte ihm sein Amt viele Vorteile. So hatte er sich auch dieses riesige Grundstück zulegen können und sein Haus, sein Traumhaus, bauen können.

Während er sich wie immer betont sorgfältig kleidete, erinnerte er sich seines letzten großen Kampfes, den er um sein Haus hatte führen müssen. Die Gemeinde M., zu der sein Grundstück gehörte, wollte einen Wanderweg entlang des Seeufers bauen. Er hatte gekämpft, gefochten mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, und gesiegt. Der Wanderweg wurde gebaut, aber an der Grenze seines Grundstückes bog der Weg vom See ab und führte bis zur 150 Meter entfernten Teerstraße, um hinter seinem Grundstück zum Seeufer zurückzukehren.

In bester Laune betrat N. das Speisezimmer. Seine Frau saß bereits am Tisch, und das Dienstmädchen stand bereit, das Frühstück zu servieren.

Nachdem N. seine Frau begrüßt hatte, begannen sie das Frühstück. Sie plauderten eine Weile darüber, wie Frau N. den Tag zu verbringen gedächte, und N. wurde daran erinnert, daß man am Abend zu einem Empfang geladen sei.

Danach griff N. zu seiner Linken, wo die lokale Tageszeitung des Kreises, der „Anzeiger“, und die bedeutendste Tageszeitung der nächsten Großstadt für ihn bereitlagen. Heute nahm N. bewußt den Anzeiger zuerst in die Hand; er wollte nachsehen, ob es irgendwelche Neuigkeiten im kommunalen Wahlkampf gab; der Wahl-

N. erwachte durch das helle Sonnenlicht, das durch das große Fenster in sein Schlafzimmer schien. Behaglich rälkelte er sich noch eine Weile im Bett, bevor er aufstand, den Morgenmantel anlegte und ans Fenster trat.

Es war ihm zu einer lieben Gewohnheit geworden, morgens nach dem Aufstehen zuerst an das Fenster zu treten und seinen Blick über die Landschaft schweifen zu lassen.

Der heutige Tag versprach wunderschön zu werden. Vom fast wolkenlosen Himmel schien die Sonne schon mit erstaunlicher Kraft für den Monat März. Der See, der im hellen Licht glitzerte, füllte den Blick bis fast an den Horizont aus. Dahinter lag der Wald, in dieser Jahreszeit noch braunschwarz. N. ließ die Farbkonstellation zartblau-braunschwarz-hellglitzernd auf sich einwirken. Allmählich kehrte sein Blick aus der Ferne zurück. Am Seeufer plätscherten kleine Wellen auf den Sandstreifen, an den sich der Rasen anschloß, der bis zu seiner Villa reichte.

Der kleine Lusttempel, den er mit den Säulen und der Kuppel im klassizistischen Stil in der Nähe des Ufers erbaut hatte, warf lange Schatten auf den Rasen, der noch nicht wieder die satte Farbe des Frühlings hatte.

N. trat vom Fenster weg und ging ins Badezimmer, das angenehm warm war. Nachdem er sich geduscht hatte, kam er beim Rasieren wie so häufig ins Träumen.

Ja, er liebte seine Villa, die er nach eigenem Geschmack hatte erbauen lassen. Allein mit seiner Frau zusammen konnte er die vielen Zimmer gar nicht nutzen; wenn der Sohn und die Tochter mit den Familien aber zu Besuch waren, dann lebte das Haus erst richtig auf, dann drang das Leben in alle Winkel. Passend zu der großartigen Architektur des Hauses war die Einbettung in der weiten, mit sanften Hügeln durchsetzten Landschaft. Er hatte als Bauunternehmer viele Häuser gebaut, aber dies Haus war das Haus seiner Träume, und es gehörte ihm.

N. stellte den Rasierpinsel auf der Konsole unter dem Spiegel ab und begann mit sicheren, langen Strichen die Rasur.

Es war ein langer Weg gewesen bis zum Bau dieses Hauses. Sein Baugeschäft in der 10 Kilometer entfernten Kreisstadt brachte ihm zwar immer ein sicheres Lebens Einkommen, aber viele Jahre kam er nicht recht vom Fleck. Das änderte sich erst, als er mit einigen Freunden aus der Freien Wählergemeinschaft austrat und Mitglied wurde in der christlichen und staats-tragenden Partei. Nicht, daß er auf das Adjektiv „christlich“ großen Wert legte. Er war ein Christ wie die meisten, er besuchte an Feiertagen oder zu be-

Gespräch mit einem Genossen aus dem Palästinensischen Arbeiterverein (PAV)

„Amerikanische Waffen und Deutsche Mark machen Begin's Killer stark“

In der letzten Woche hatte der „Rote Morgen“ die Gelegenheit, mit einem Genossen des Palästinensischen Arbeitervereins (PAV), der auch Mitglied der KPD ist, zu reden. Dabei ging es vor allem darum, neben den aktuellen Fragen auch den Hintergrund der Entwicklung in Palästina und im Libanon zu besprechen. Auch über praktische Formen der Solidarität in der Bundesrepublik wurde gesprochen.

:Natürlich, die erste Frage, die sich geradezu aufdrängt: Was wird in Beirut passieren, wie siehst du da die Perspektive?

Nun, wir werden heute oft gefragt, ob die PLO aus Beirut abziehen wird. Die Frage ist so aber falsch gestellt, denn was heißt es denn, ob die PLO abziehen wird? Da ist doch dann die Rede von den Kämpfern der PLO, die die reaktionäre Propaganda mit 6000 Mann beziffert — die Zahl stimmt nicht, wir werden sie aber nicht berichtigen. Aber diese 6000 Mann, die sind doch nicht die PLO. Die PLO ist eine Idee, ist ein regelrechter Staat, an dem alle Palästinenser beteiligt sind.

In der PLO gibt es zum Beispiel den Palästinensischen Arbeiterverein, der über 500000 Mitglieder hat, gibt es den Palästinensischen Ärzteverein, der 30000 Mitglieder hat, gibt es den Lehrerverein und so weiter und so fort. Aber was würde denn passieren, wenn die 6000 Kämpfer abziehen würden? Sie würden 600000 Palästinenser, die in den Lagern und Städten im Libanon wohnen, schutzlos zurücklassen. Menschen, die uns vertraut haben, die uns noch vertrauen und die wir so verraten würden, wenn die Kämpfer gingen, den Isareis und ihren Marionetten wären sie überlassen, das geht nicht. Und der zweite Grund, weshalb wir nicht da weg können: wohin denn? Nach Syrien? Und was geschieht morgen? Und wohin dann? Nach Algerien? Und dann?

:Was ist mit den Verbündeten der Palästinenser im Libanon?

Auch die würden schutzlos zurückbleiben, auch sie haben uns vertraut, und sie sind ja drei Viertel der Bevölkerung des Libanon, das darf man nicht vergessen, die Drusen, die Schiiten, die Moslems. Wir haben gemeinsame Streitkräfte, das kann man nicht aufgeben.

:Und wie ist die Reaktion in anderen Gegenden, davon hört man hier kaum noch etwas, was passiert beispielsweise im Westjordanland?

Da gibt es durchaus Widerstand, es gab einen dreitägigen Generalstreik, es gab zwei große Demonstrationen mit über 50000 Teilnehmern, dort ist keine Ruhe eingeleitet.

:Wie siehst du denn die Ziele der israelischen Aggression, die jetzt da abläuft? Wie sieht sie die PLO?

Die Ziele liegen klar auf der Hand. Sie wollen die Zerschlagung der PLO im Libanon und die Errichtung von Marionettenregimes unter Gemayel und Haddad. Du mußt das verstehen, die beiden vorherigen Aggressionen gegen den Süden Libanons 1978 und im letzten Jahr, das waren die Vorbereitungen für den großen Schlag. Aber es gibt noch weitergehende Ziele, sie wollen ohne Zweifel Teile des Libanon annektieren ...

:Meinst du damit bis zum Litanifluß?

Nein, noch weiter nach Norden, da gibt es Gründe dafür, die könnte ich dir auf der Karte zeigen. Und sie wollen im allgemeinen die Einschüchterung des Widerstandes in den besetzten Gebieten. So zeigt sich dieser Krieg als die Fortsetzung des Camp-David-Abkommens, das politisch eben diese Ziele hatte und vorbereitete.

Ihre Begründungen haben sich ja auch geändert. Sie sagen, sie wollen Sicherheit für ihre Dörfer im Norden Isarels. Tatsache ist, daß im letzten Jahr, als sie zum zweiten Mal in den Libanon einmarschierten, bei Gegenangriffen von 200 Dörfern, die es in dieser Gegend gibt, 23 zerstört wurden. Aber was sind das für Dörfer? Von dort aus sind beide früheren Aggressionen gestartet worden, dort sind alle bewaffnet, sind Soldaten zusammengeballt. Das sind nichts anderes als Wehrdörfer, das sind keine normalen Wohngebiete. So sagen sie bald dies, bald das, aber es bleibt ihr Ziel, sich auszubreiten.

:Wie seht ihr die Friedensdemonstrationen in Israel selbst, das ist doch eine Sache, die es so bisher nicht gab?

Natürlich begrüßen wir das, wenn viele jüdische Bürger gegen Begin's Krieg im Libanon und gegen den Massenmord demonstrieren. Dazu muß man wissen, daß lediglich 40 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels erklärte Zionisten sind, die den Apparat der Regierung bilden. Dementsprechend waren die Organisatoren der Veranstaltung die Rakah (KP Israels), Organisationen der internationalen Friedensbewegung, aber auch orientalischer Juden und entlassener Soldaten. Die Zahl der Juden, die wissen, daß die PLO gegen den Zionismus, nicht aber gegen die Juden in Palästina kämpft, wächst an. Das ist eine gute Entwicklung.

:Was ist mit den internationalen Söldnern, die sich der israelischen Armee zur Verfügung gestellt haben?

Es gibt sie, und ihre Zahl wächst. Heute muß man mit ungefähr 10000 solcher Kriegsfanatiker und Verrückter aus aller Welt rechnen, die Mehrzahl von ihnen sind Vietnamkriegsteilnehmer. Viele von ihnen sind regelrecht geistig gestört, können nichts anderes als töten und morden. Man muß sich nur, als jüngstes Beispiel, an das Verbrechen an der Al Aksa Moschee erinnern, als einer von ihnen während der Gebetszeit auf die knienden Menschen schoß und mehr als 40 tötete und schwer verletzte.

Im Krieg gegen den Libanon sind sie alle aktiv und sind oftmals die erste Sturmfront, auch ein Grund dafür, weshalb die Israelis selbst so wenig Verluste haben, denn diese Leute werden nicht erwähnt, da es sie ja offiziell nicht gibt. Und

sie sind auch die Wächter der Lager, die die Israelis eingerichtet haben, vier im Südlibanon, drei in den besetzten Gebieten. Dort waren kürzlich noch 32000 Menschen interniert. Jetzt sind es schon mehr, mit besonderen Kennzeichen für jede Nationalität. Und dort wird auch gefoltert, und zwar bis zum Tode. Die Palästinenser bekommen einen Stempel „Palästina“ auf die Hand, wer sich weigert, dem wird es eingeschrieben, das haben Geflohene erzählt. Libanesen bekommen ein weißes Kreuz auf den Rücken gemalt. Und so geht es weiter. Dazu



Ein palästinensisches Flüchtlingslager — sollen sie alle ausgerottet werden, damit die Zionisten ihr Großisrael erreichen?

muß man sagen, daß die Mehrzahl der Internierten Jugendliche sind, unter 14 Jahren, die aus den Flüchtlingslagern im Südlibanon dahin verfrachtet wurden. So sind aus den Verfolgten Hitlers heute Verfolger geworden, so ist das.

:Wie siehst du die weitere politische Entwicklung in Israel und den nach '67 besetzten Gebieten, wie ist die Lage der Araber dort, welche Möglichkeiten haben die Zionisten, sich sozusagen einen inneren Frieden zu schaffen, als Ausgang fortgesetzter Aggression?

So etwas wird es nicht geben, schau dir doch an, was im Westjordanland passiert ist, wo sie die Bürgermeister abgesetzt haben, die für die PLO waren. Nach dem Camp-David-Abkommen wollten sie anstelle dieser Bürgermeister eine sogenannte Selbstverwaltung einführen. Sie haben bisher ganze zwei Palästinenser gefunden, die sich für diese schmutzige Sache hergegeben haben, ganze zwei Leute, die sich als Aushängeschild ihrer „Selbstverwaltung“ — schreib das in Anführungszeichen — mißbrauchen lassen.

:Gibt es für die Araber in Israel politische Rechte und welche Partei können sie wählen, gibt es überhaupt eine legale antizionistische Partei?

Ja, das Wahlrecht gibt es in Israel. Was die Parteien anbetrifft, so sind sie alle zionistisch, bis auf die Rakah, die da aber keine klare antizionistische Stellung bezieht. Sie hat 13

Prozent der Stimmen und wird fast nur von Arabern gewählt. Sie tritt in gewissem Maße für die Araber ein, man kann mit ihr zusammenarbeiten, sie weigert sich aber beispielsweise, die PLO als Vertretung der Palästinenser anzuerkennen.

:Wir haben im „Roten Morgen“ beispielsweise verschiedentlich geschrieben, Israel sei ein rassistischer Staat — stimmt das auch über die Palästinenser hinaus, und wie zeigt sich das?

Ja, Israel ist einer der beiden Staaten auf der Welt, in denen der Rassismus in der Verfassung steht, der andere ist Südafrika. Und hier gibt es überall in der Praxis sechs verschiedene Kategorien von Menschen, die auch dementsprechend behandelt werden. Es gibt Palästinenser, die Moslems, die Christen und die verschiedenen Gruppierungen von Juden, von denen die sogenannten orientalischen Juden, also aus Asien — darunter, das müßt ihr wissen, darunter auch viele Araber, die Juden sind — die sind, die ganz unten stehen. Sie sind die Bauern, die afrikanischen und sowjetischen Juden sind die Arbeiter. Und oben, bei den Zionisten, bei den Kapitalisten, da stehen nur europäische und amerikanische Juden. Für sie ist „Ostjud“ ein Schimpfwort.

was die arabischen Staaten betrifft? Ist es da nicht so, daß — zumindest habe ich oft den Eindruck — die PLO da allzuoft schweigt?

Das ist sehr unterschiedlich, zum Teil können wir nicht alles sagen, was wir denken, weil wir auf bestimmte Dinge angewiesen sind. Zum anderen macht man da auch Fehler, vertraut zu stark auf andere. Wir haben zu sehr auf Syrien vertraut, zum Beispiel!

Sie kamen 1976 nicht als unsere Freunde und Helfer, wie es hier so oft dargestellt wurde, sie kamen, wie sechs Jahre zuvor, 1970, Jordanien und Saudi-Arabien, um die PLO sozusagen „zurückzustützen“, sie war ihnen schon wieder zu mächtig geworden. Zusammen mit den libanesischen Falangisten haben sie damals, wie sechs Jahre zuvor Hussein von Jordanien, 20000 Palästinenser ermordet. Sie haben, was vielleicht noch am ehesten bekannt geworden ist, das Lager „Tal al Zatr“ 62 Mal gestürmt, bis es aufgegeben wurde, und dann alles massakriert, was sie noch erwischen konnten.

Alle reaktionären arabischen Regime haben Angst davor, daß die PLO zu mächtig wird, weil sie die Auswirkungen fürchten, die eine siegreiche palästinensische Revolution auf ihre eigene Macht haben

an die USA vergrößert, und die USA liefern Israel laut Vertrag das nötige Öl; so kann man sagen, daß die israelischen Panzer mit Saudi-Öl ihren Angriff fahren. Das kommt daher, weil der Sieg der palästinensischen Revolution ein so großer Schlag für den gesamten Imperialismus in Arabien wäre, daß auch diese Regime, die vom Imperialismus abhängig sind, automatisch gefährdet wären.

:Und was ist mit der Rolle der Sowjetunion?

Wir handeln nach einem Wort, das sagt: „Wenn der Krieg zu Ende ist, werden wir wissen, wer unsere Freunde sind.“ Sicherlich: Ich zum Beispiel habe natürlich Kritik am System der UdSSR, an vielem, was gemacht wird. Nur: Niemand sonst gibt uns die Waffen. Geben ist falsch, schreib das auf: Jede einzelne Waffe ist bar bezahlt von uns.

:Und was ist mit den NATO-Staaten?

Nun, wir haben auf den kürzlichen Demonstrationen eine Parole gehabt „Amerikanische Waffen und Deutsche Mark machen Begin's Killer stark“, und die beschreibt das schon ganz gut. Ohne die USA gäbe es ein solches Israel gar nicht. Aber ohne die Bundesrepublik auch nicht. Die bisher öffentlich zusammengetragenen Summen an Deutscher Mark, die nach Israel gingen, das waren 138 Milliarden Mark, und keiner weiß, ob das alles ist. Der Krieg kostet Begin jetzt jeden Tag 120 Millionen Mark — mit der Summe, die die Bundesrepublik bezahlt hat, könnte man ihn also lange führen.

:Heißt das, daß die Losung, wie sie auch beispielsweise unsere Partei vertritt, nach der Einstellung jeglicher Hilfe an Israel, euren Überlegungen so entspricht?

Ja, voll und ganz. Die Losungen, die da waren, die sind richtig, der sofortige Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon, die Boykottmaßnahmen, zu denen wir ja auch aufrufen, und der Stopp der Finanzhilfe.

Die politische Aufklärung, das möchte ich noch sagen, die ist das Allerwichtigste, die Arbeit dafür, daß die verlogene Propaganda nicht mehr wirkt. Wir sind dankbar für Geld und Medikamente, wir brauchen sie dringend. Aber wir brauchen vor allem die politische Aufklärung.

:Du hast eingangs vom Charakter der PLO gesprochen, der dafür sorgt, daß sie nicht vernichtet werden kann; kannst du unseren Lesern zur Zielsetzung, zur Zusammensetzung der PLO noch was sagen, was man wissen muß, wenn man über die PLO spricht?

Die PLO ist der Zusammenschluß von fast allen politischen Parteien und Organisationen, sowie Interessenverbänden Palästinas, die Dachorganisation aller kämpfenden Einheiten in der palästinensischen Revolution. Ihr stärkster Teil ist ohne Zweifel die Al Fatah (Gerechter Kampf), die die Mehrheit der PLO-Mitglieder stellt. Unser Ziel ist klar: die Schaffung des demokratischen Palästina.

:Wie sieht denn das klassenmäßig aus, also welche Rolle spielt die Bourgeoisie Palästinas, oder größer gesagt, die Reichen?

Die PLO vertritt alle Klassen Palästinas, auch die Bourgeoisie. Bis zur Gründung des Staates Palästina werden andere Streitigkeiten beiseite gestellt. Wir wollen einen demokratischen Staat für alle Religionen, alle Rassen. Das Statut der PLO besagt: Palästina wird demjenigen gehören, der es befreit, niemandem anders. Und solch ein demokratischer Staat kann nur auf demokratischem Weg geschaffen werden, das heißt, er wird so aussehen, wie ihn sich die Mehrheit erwählt, da gibt es keinen anderen Weg.

:Was hast du zu den internationalen Begleitumständen heute zu sagen, zuerst einmal,

könnte. Deshalb damals der „schwarze September“ in Jordanien, deshalb der syrische Einmarsch im Libanon. Und deshalb auch diesmal die Hilfe der arabischen Reaktion für Israel.

:Direkte Hilfe für Israel?

Saudi-Arabien hat kurz vor dem Krieg seine Ölförderung gesteigert, seine Öllieferungen

Palästinensischer Arbeiterverein Palästinensischer Studentenverein



HILFE!



Phosphor-, Napalm- und Splitterbomben

Die Welt blickt auf die grausamen Ereignisse im Libanon. Hunderttausende von Kindern, Frauen, Greisen — Opfer der israelischen Phosphor-, Napalm- und Splitterbombenangriffe warten dringend auf medizinische Versorgung. Wir rufen daher auf zu einer weltweiten

Hilfsaktion

für die Verwundeten und Flüchtlinge im Libanon!

Benötigt werden vor allem:

- Plasmaersatzmittel
- Verbandsmaterial aller Art
- Brand- und Wundsalben
- Antibiotika
- Medizinische Instrumente
- Kinnalspritzen

Oder wenden Sie sich an: A. Sallal, Georg-Wilhelm-Str. 20, 2102 Hamburg 93, Tel. 755164.

Wir kommen und holen die Spenden sofort ab und verpflichten uns, diese sofort und direkt in den Libanon zu transportieren.

Spendenauf Ruf

Palästinensischer Arbeiterverein
Stadtparkasse Wuppertal (BLZ 33050000)
Konto-Nr.: 1374214

Margaret Thatcher's innere Front

Schwere Niederlage für die britische Gewerkschaftsbewegung

Der Streik, den die britische Lokführergewerkschaft ASLEF organisierte, um gegen die neuen Arbeitszeitregelungen Widerstand zu leisten, endete mit einer Niederlage. Der Streik mußte abgebrochen werden, die Forderungen konnten nicht durchgesetzt werden. Der Gewerkschaftsverband TUC hatte der ASLEF die weitere Unterstützung entzogen. Ohne die Solidarität des Gewerkschaftsbundes aber konnte der Streik nicht mehr erfolgreich weitergeführt werden — dies sei, so jubelt die Reaktion in höchsten Tönen, ein historischer Wendepunkt.

Der Kampf gegen die neuen Schemen für die Arbeitszeit, die die Abschaffung des 8-Stunden-Tages bedeuten, war für die gesamte britische Arbeiterschaft von großer Wichtigkeit, denn es ging den Unternehmern erklärtermaßen darum, eine Bresche zu schlagen, einen Anfang zu machen. Deswegen war auch die Front gegen die Lokführer so

massiv wie nie zuvor. Es wurde in der reaktionären Massenpresse gehetzt, als befände man sich wieder im Krieg um imperialistische Interessen im Atlantik.

„Die übermächtigen Gewerkschaften“ seien das Hindernis auf dem Weg zur Wiedergesundung der britischen Wirtschaft — mit dieser Aussage

waren die Konservativen unter Thatchers Führung an die Regierung gekommen. Seitdem wird alles versucht, um — in Wirklichkeit — die Rechte der Arbeiter, vor allem das Streikrecht zu beschneiden. Bei der Auseinandersetzung mit den Lokführern sahen die Kapitalisten offensichtlich ihre Stunde gekommen: Eine relativ kleine Gewerkschaft, ein Vorstand, der zudem kurz zuvor seinen Mitgliedern angeraten hatte, den Lohnstreik der anderen Eisenbahngewerkschaft im TUC, der NUR, nicht zu unterstützen, ein Problem, das anscheinend nur die Lokführer anging. Also drohte man, ganz im Reagan-Stil, mit der Entlassung des gesamten Bahnpersonals, mit der Schließung der British Railways.

Diese Drohung, verbunden mit einer äußerst massiven Pressekampagne, führte nun zum Kniefall der TUC-Führung. Diese hat mit der Verweigerung der weiteren Unterstützung für ASLEF (deren Streik von größeren Teilen der Gewerkschaftsmitglieder durchaus aktiv unterstützt worden war) der Abschaffung des 8-Stunden-Tags den Weg frei gegeben.

Die erste Schlacht ist für das Kapital gewonnen, und dementsprechend kamen die reaktionären Blätter einmal mehr mit ihrer bertüchtigten „Victory“-Schlagzeile, Frau Thatcher strahlte.

Sofort ging man denn auch zum nächsten Schritt über — die ursprünglich angebotene Lohn-„erhöhung“ bei den Eisenbahnen wurde wieder abgesagt,

den folgenden Streiks des Krankenhauspersonals und städtischer Arbeiter wurde mit derselben Militanz und Unnachgiebigkeit geantwortet wie der ASLEF.

Das Druckmittel, das dabei gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie angewandt wird, ist die Drohung mit der Arbeitslosigkeit. Rund 3,2 Millionen Menschen sind auf der Insel ohne Arbeit, die konservative Wirtschaftspolitik hat, ähnlich wie in den USA,

nicht nur kein einziges Krisenproblem wirklich gelöst, sondern nur dazu gedient, alle Krisenfolgen restlos auf dem Rücken der arbeitenden Menschen auszutragen, und so die Probleme weiter zu verschlimmern.

Mit der Ausdehnung der Arbeitszeit, Lohnsenkungen und weiteren Entlassungsdrohungen soll dieser arbeiterfeindliche Kurs nun, nach der Niederlage der Lokführer, noch verstärkt fortgesetzt werden.

Nach Einmarsch iranischer Truppen

NATO-Drohungen am Arabischen Golf

Solange der Überfall des Irak auf den Iran andauerte, solange irakische Truppen iranisches Gebiet besetzt hielten, solange war dieser Krieg aus den Schlagzeilen der westdeutschen Presse nahezu verschwunden. Jetzt ist er, durch den iranischen Einmarsch, wieder in den Vordergrund gerückt. Heftige Reaktionen der USA und der NATO auf diesen Einmarsch, Drohgebärden und verstärkte Waffenlieferungen waren die Antwort.

Daß der irakische Einmarsch im Interesse der westlichen Imperialisten lag, das liegt auf der Hand. Daß der damalige US-Außenminister Cyrus Vance nicht nur grünes Licht gab, als er wenige Tage vor dem Überfall irakischer Truppen auf den Iran in Bagdad weilte, das ist inzwischen selbst in der bürgerlichen Presse eingestanden. Bis heute läuft diese Waffenhilfe über Jordanien und Saudi-Arabien, den beiden Staaten, die nach Ägypten die engsten Beziehungen zu den USA im arabischen Raum haben, auch Militärbeziehungen.

Der Irak hatte sich gründlich verkalkuliert, was die Unterstützung der Minderheiten im Iran für diesen Einmarsch betraf. Wie auch so manche andere hatte man nicht geglaubt, daß die Unterstützung für die Islamische Republik im Iran trotz aller Ereignisse, trotz schlechter wirtschaftlicher Lage und Beseitigung demokratischer Rechte noch so groß sei.

Daß dies allerdings die iranischen Führer dazu bewegen konnte, ihrerseits nun den Nachbarstaat zu überfallen, Revanche zu nehmen und auch im Irak eine islamische Republik anzustreben, das ist mit Sicherheit zumindest zu einem wichtigen Teil dem Kalkül entsprungen, so die innere Ruhe beibehalten zu können. Die Fortsetzung des Golfkrieges nun mit einem iranischen Einmarsch ist eine Entwicklung, die sicherlich Gefahren für die ganze Region mit sich bringt und weder dem Frieden, noch der Sicherung nationaler Unabhängigkeit, noch den progressiven Bestrebungen der Völker dieses Raums entspricht.

So gerechtfertigt auch die Forderung nach Reparationen an den Irak sein mag, so wenig ist es dieser Einmarsch. Im Zuge dieser Entwicklung erscheint es

auch immer deutlicher, daß die ursprünglichen antiimperialistischen, der nationalen Unabhängigkeit dienenden Bekundungen und Maßnahmen allmählich abgeschwächt und beseitigt werden.

Wobei man allerdings in aller Schärfe unterstreichen muß, daß die verschiedenen Imperialisten keinerlei Recht haben, sich da einzumischen, gar als angebliche Friedensstifter aufzutreten, wo sie es sind, die doch nur eines fürchten: daß es im „Öllager der Welt“ tatsächlich eine Politik der nationalen Unabhängigkeit geben kann, die die Interessen der Ölmultis gefährdet. Der Frieden, den sie wollen, ist die ruhige Ausbeutung der Ölquellen, bestenfalls noch unter Einbeziehung einiger korrupter feudaler Cliquen.

Deshalb muß auch, unter Berücksichtigung aller Umstände, mit der Forderung nach einer Beendigung dieses Krieges die Forderung verbunden sein, daß die Imperialisten, und zwar nicht nur der USA, sondern auch der EG und der UdSSR, die sich ja ebenfalls als Waffenhändler betätigt, die Hände weg vom Golf nehmen.

Denn daß die bekundeten Wünsche, dem „Freund Irak“ zu Hilfe zu kommen, durchaus Wirklichkeit werden könnten, das zeigen die so schnell gewachsenen Geschäftsverbindungen beispielsweise der bundesdeutschen Kapitalisten mit dem Irak. Dort wurden in den beiden letzten Jahren Milliarden geschäftlich gemacht, und diese Investitionen will man gesichert haben. Für die USA gilt das selbe, für den ganzen Raum am Golf. Diese geschäftlichen und strategischen Interessen der Kapitalisten sind die Ursache für den in den letzten Tagen verschärften Ton der Westpropaganda.

Kolumbien rüstet auf

Mit deutschen Waffen gegen Nicaragua?

Einmal mehr ist in der letzten Woche Ronald Reagan von seinen eigenen Leuten widerlegt worden. Hatte die US-Regierung ihre Meinung bekannt gegeben, in El Salvador sähe es um die Menschenrechte besser aus, als vor den sogenannten Wahlen, so antworteten US-Abgeordnete, die Mitglieder einer Delegation im Lande waren, sofort mit gegenteiligen Aussagen. Inzwischen aber führt die US-Politik in Mittelamerika zu einer immer schärferen Zuspitzung der Lage.

Kuba und Nicaragua, so das amerikanische Außenministerium, an dessen Spitze der so viel beschworene Schmidt-Freund Shultz steht, seien jetzt dazu übergegangen, ihren geheimen Kriegsplan — von dem Washington schon lange faselt — in die Tat umzusetzen. Diese beiden „kommunistischen“ Staaten, so der angebliche Lateinamerika-Experte Sanchez, wollten den geplanten Krieg auf Guatemala und Honduras ausweiten. Deshalb, logische Schlußfolgerung der Reagan-Leute: mehr Waffen für die Faschisten in Guatemala und für das reaktionäre Regime in Honduras.

Natürlich wird dabei mit keinem Wort darauf eingegangen, daß es eben keine ausländischen kommunistischen Agenten sind, die in diesen Ländern Unruhen schüren, sondern daß es die elendige wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung ist, die diese zu immer heftigerem Widerstand treibt.

Wobei bezeichnenderweise die Regierung Guatemalas gerade eben selbst eingestanden hat, daß das Volk unter einer schlimmen Wirtschaftskrise zu

leiden habe. Die immer frechere Märchenpolitik der Reagan-Leute wird so zusehends mehr von ihren eigenen Anhängern widerlegt. Was den „Verwandten der Bundesregierung“ allerdings nicht hindert, alle reaktionären und auch die faschistischen Regime immer stärker aufzurüsten um vor allem Nicaragua möglichst auslöschen zu können. Dies ist heute neben der Erstreckung des Volksaufstandes in El Salvador das Hauptziel der US-Politik in Mittelamerika.

Bei dieser Aufrüstung allerdings helfen die Freunde dieseits des Ozeans, die Regierungen der EG-Staaten, mit ihrem eigenen Waffenhandel entschieden mit.

Die Regierung Kolumbiens, die soeben ein neues Aufrüstungsprogramm beschlossen hat, hat dies mit einer angeblichen Bedrohung durch Nicaragua begründet. So wurde jetzt bekannt, daß Kolumbien in Frankreich einen großen Posten der aus dem Krieg um die Malvinen bekannten Raketen vom Typ Exocet bestellt hat. Damit bestückt werden sollen zwei Raketenboote, die die Bundesrepublik noch in diesem Jahr an Kolumbien liefern soll!

Das also ist von der verlogenen Bonner Propaganda zu halten, die besagt, zumindest in Spannungsgebieten werde man nicht als Waffenhändler tätig werden. Die Wirklichkeit: Der



Gegen Nicaragua verschwört sich heute die gesamte amerikanische Reaktion mit deutschen Waffen!

Aufmarsch gegen Nicaragua, von den USA und den lateinamerikanischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern angestiftet, wird auch mit westdeutscher Bewaffnung vollzogen.

Dies ist kein Einzelfall, die Liste solcher Vorgänge ist zu lang, um sie hier aufzählen zu können, aber es ist der erneute Beweis dafür, daß die Bundesregierung, trotz verschiedener diplomatischer Winkelzüge und Sonntagsreden in allen Spannungsgebieten aktiv ist — auf der Seite der Reaktion, gegen die jeweiligen Freiheitsbestrebungen der Völker.

haben sich verschiedentlich vor der Weltöffentlichkeit über solche Machenschaften beklagt, zwei Staaten, in denen nach wie vor südafrikanische Söldnertruppen oder von Südafrika bezahlte Banden ihr Unwesen treiben. Auch in Zimbabwe oder früher in Sambia gab es solche Ereignisse.

Damit erweist es sich einmal mehr als richtig, was fortschrittliche und demokratische Kräfte vieler Länder seit langem immer wieder betonen: daß das Rassistenregime in Südafrika nicht nur die eigene Bevölkerung mit Terror überzieht, sondern auch der entscheidende Faktor für Unruhe und Unsicherheit in den Nachbarländern ist. Mit kräftiger Unterstützung der USA und der EG und hier vor allem, neben Großbritannien der Bundesrepublik. Für die bundesdeutschen Monopole ist Südafrika eines der drei wichtigsten wirtschaftlichen „Partnerländer“.

Botha versucht sich reinzuwaschen

Hoare als südafrikanischer Söldner verurteilt

In Pietermaritzburg auf den Seychellen-Inseln ist in der vergangenen Woche der berühmte irische Söldner „Major“ T. M. Hoare wegen seines gescheiterten Putschversuchs im November letzten Jahres zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der 63jährige Hoare ist seit langen Jahren als Söldner für alle besonders reaktionären Regierungen und Interessengruppierungen im Süden Afrikas tätig gewesen, und die jetzt erhaltene Strafe ist für die zahllosen Morde, die er beging, wahrhaft milde zu nennen.

Was das Wichtigste an diesem Prozeß auf den fernen Pazifikinseln ist, ist aber die Tatsache, daß die Putschisten verurteilt wurden als eine Söldnergruppe im Dienste Südafrikas und daß die Beweise dafür dermaßen eindeutig waren, daß die südafrikanische Regierung in Person des Ministerpräsidenten Botha ihre Rolle dabei öffent-

lich eingestehen mußte.

Oder besser: Die Urheber-schaft südafrikanischer Kreise für diesen Putschversuch eingestehen mußte. Denn sie, die Regierung, so beteuerte Botha, habe natürlich von nichts gewußt, sei unschuldig wie ein Lamm, es seien unter Geheimdienstchargen gewesen, die das organisiert hätten und man

werde irgend etwas gegen sie unternehmen.

Immerhin: Erstmals wurde es in dieser Form eingestanden, auch wenn Botha versucht, sich und seine Leute reinzuwaschen. Daß aber eine Regierung, die im eigenen Land erst kürzlich wieder zahlreiche Schwarze ermorden ließ, nur weil sie sich mit dem Mittel des Streiks wehren, so zimperlich sein soll, das glaubt so recht niemand. Zumal es nicht das erste Mal ist, daß der südafrikanische Geheimdienst in Ländern der ganzen Region versucht, Putsche zu organisieren, um den Rassisten genehme Regime an die Macht zu bringen.

Nicht nur die Regierungen von Angola und Mocambique

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Die „Affäre Calvi“ zieht europaweite Kreise

Die Loge der schwarzen Brüder

Jeden Tag neue Spekulationen gibt es um den Tod Roberto Calvis, des Chefs der größten italienischen Privatbank, der in London unter einer Brücke erhängt aufgefunden worden war. Keiner, der die Vorgeschichte kennt, mag an den Spruch der Londoner Gerichte glauben: „Selbstmord“ hieß es da. Aber bei der Art der Beteiligten sind Zweifel wahrhaft angebracht: Die Mafia, die Loge „P2“ und der Vatikan sind die Hauptfiguren im Hintergrund, auch die Terrorbande Prima Linea spielt eine Rolle.

Italien ist das klassische Land der Skandale — das sagte vor Jahren ein italienischer Journalist, kurz vor seinem gewaltsamen Tode. Und in der Tat, was man in den letzten Jahrzehnten alles erfuhr, das läßt ein schauerliches Bild über eine kapitalistische „Demokratie“ entstehen. Das läßt ahnen, was es da im Hintergrund noch alles gibt, das läßt ahnen, was es anderswo so alles geben kann.

Man erinnere sich: Der Chef des Staatsschutzes war ein Neofaschist und plante gemeinsam mit Generalen einen Putsch, die NATO segnete es ab. Oder: Der Mafia-Bankier Sindona war auch der Bankier des Vatikans und er betrieb seine Geschäfte durchaus nicht zurückhaltend. Heute sitzt er in den USA hinter Gittern. Oder: Die Loge Propaganda due (P2), mit einem Putschplan im Safe, die fast die gesamte wirtschaftliche, politische und militärische Prominenz des italienischen Großkapitals versammelte. Oder: Die bis heute unaufgeklärten mysteriösen Vorfälle bei der Entführung Aldo Moros. Das waren die bekanntesten Skandale, die in den letzten zwölf Jahren das Land erschütterten. Diese Ereignisse sind auch der Hintergrund, auf dem verständlich wird, warum die breite Masse der italienischen Bevölkerung bereit ist, selbst die abenteuer-

Börsenwert von über 4,5 Milliarden Mark. 100 Filialen mit über 4000 Angestellten in Italien, Tochterbanken in Westeuropa, Lateinamerika und Südostasien.

Aus dieser Bank heraus wurden die gesamten Geldgeschäfte der Putschistenloge P2 getätigt, sie war der finanzielle Arm dieser Verschwörer, deren Zielsetzung ganz offen vom neuen Duce sprach, der kommen müsse, um die Pest der roten Arbeiterschaft zu beseitigen.

Diese Bank finanzierte den größten Teil des italienischen Waffenhandels beispielsweise an Peru, aber auch an Argentinien. (Weshalb eines der Gerüchte auch hieß, der britische Geheimdienst hätte Calvi erhängt, da er in bedeutendem Ausmaß an der argentinischen Aufrüstung beteiligt gewesen sei.)

Dieser Bank aber war ihr großer Aufstieg nur deshalb möglich, weil sie in ihrer gesamten Entwicklung die vatikanische Geschäftszentrale IOR und deren Chef Marcinkus direkt hinter sich hatte: Er stellte Calvi jedes gewünschte Zeugnis aus, auch noch, nachdem Calvi im Vorjahr wegen seiner P2-Mitgliedschaft verhaftet worden war.

Calvi war es, der aus einer kleinen Provinzbank mit Hilfe des IOR die größte italienische

Paul Marcinkus aus Chicago, „Finanzminister“ des Vatikans, jetzt angezeigt.



Ohne Zweifel läßt sich sagen: Nachdem Sindona durch seinen unfreiwilligen USA-Aufenthalt endgültig ausgeschaltet war, rückte Calvi seit 1974 zum wichtigsten Partner der IOR, des Vatikans auf. Zur selben Zeit wächst seine Rolle in der P2.

1977 kommt Calvi bereits das erste Mal in die Untersuchungsmühle der italienischen Finanzpolizei — Sindona Leute haben an die Öffentlichkeit gebracht, daß er sich bei dessen Konkurs um acht Millionen Dollar bereichert hat. Aber: Da gibt es noch die Loge P2, deren Mitglieder auch die Chefs der Finanzpolizei waren. Und: Da gab es Prima Linea, die den untersuchenden Staatsanwalt erschoss... Die Sache lief glatt für Calvi.

Erst nach der Aufdeckung der verschwörerischen Tätigkeit der Loge P2, auf deren Mitgliedsliste Calvi inzwischen ganz oben stand, wird richtig ermittelt. Calvi wandert ins Gefängnis, wie viele der prominenten Verschwörer, kommt aber, wie die anderen auch, ebenso schnell wieder frei. Aber: Die Öffentlichkeit hat nun Notiz von ihm genommen. Das Faß läuft über, als auf einen seiner Kritiker im Verwaltungsrat der Bank ein angeheuerter Mafia-Ganove einen Mordversuch unternimmt.

Erst da reagiert die Banca d'Italia: Calvis Geschäftsgebaren

Calvi hat bereits bezahlt, mit seinem Leben, er wird nichts mehr sagen darüber, wer wie weit beteiligt war.

Man weiß, daß italienische Rache manches Mal über Erdteile hinweg ausgeführt wurde, und man weiß, daß die Loge der Verschwörer einen sehr langen Arm hatte und noch hat. Mafia-Symbolismus, daß er unter der Brücke mit dem ausgefallenen Namen erhängt war, wo die Logenverschwörer sich mit schwarzen Kutten versammelten und sein Gönner Marcinkus eine solche von Berufs wegen trägt?

WOHNSTIFT BAD PYRMONT EIN VERTRAG ZWISCHEN DEN GENERATIONEN INVESTIEREN SIE HIER IHRE STEUERN

Ende in... darf eine Anzeiger.

Wohnstiftmodell:

Auch das Wohnstift Bad Pyrmont wird von einer Bauherrengemeinschaft finanziert. Der Bauherr erwirbt Sonder Eigentum an den Wohnungen sowie einen Anteil an den umfangreichen Gemeinschaftseinrichtungen (Pflegestation mit 40 Betten, medizinische Therapie, Kureinrichtungen, Verwaltung, Bankfiliale, Friseur, Kiosk, Restaurant, Café, Tiefgarage u.v.m.). Die sonst übliche Zuzahlung des Bauherrn entfällt. Die Pacht der Betriebsgemeinschaft, mit der ein Pachtvertrag auf die Dauer von 30 Jahren abgeschlossen wird, ermöglicht eine - vom Initiator garantierte - Barauschüttung (nach Leistung des Kapitaldienstes). Ab einer Steuerbelastung von 51% kann der Bauherr sein Eigenkapital vollständig aus den Steuerersparnissen finanzieren.

Die Verlustzuweisung beträgt ca. 106%, bezogen auf das um die Vorsteuer-erstattung verminderte nominale Eigenkapital.

Die Vorfinanzierung des in diesem Jahr fälligen Eigenkapitals ermöglicht es, den Steuervorteil für 1982 zu erlangen, ohne eigene Liquidität aufzuwenden.

Baubetreuung
Ruland & Kaffke
GmbH

Hallo,
aufgepaßt!

Diese schöne Anzeige fanden wir im „Spiegel“. In derselben Ausgabe übrigens, in der eine Frau Merkeln über die Ursachen des Defizits im Staatshaushalt seitenweise das Gegenteil beweisen will. Allerdings: Für Lohnsteuerzahler springt dabei nichts heraus...

Neues? — aus deutschen Landen

Kölner Mitbürger

Nicht alle Ausländer werden in dieser Unternehmerrepublik schlecht behandelt, das kann man wahrlich nicht sagen. Die Kölner beispielsweise, rheinische Frohnaturen allemal, bereiten einem ausländischen Mitbürger ein regelrechtes Fest, teurer als Karneval.

„Wir wollen uns als guter Nachbar, als ein Mitbürger verhalten, auf den die Bürger stolz sein können.“ so zitiert Kölns Oberbürgermeister Norbert Burger die Antrittsrede des Neuen

Ob er ihnen lieb war, der Neue, das sei mal dahingestellt, teuer war er jedenfalls sehr. 2,5 Quadratkilometer Bauplatz für den Preis von einer Mark je Quadratmeter bekam er, einen eigenen Eisenbahnanschluß und einen eigenen Hafen für umsonst und ein Heizkraftwerk, das speziell ihn beliefert und das zum Sondertarif.

Und jetzt will er offensichtlich einfach gehen. Licht aus, Läden dicht, adios, besser: Good bye. Der neue Mitbürger hieß Esso. Er nahm die Geschenke an, die man ihm machte, aber dankbar ist er nicht.

Die Kölner Esso will, dafür gibt es inzwischen mehr als nur Anzeichen, nach ihrer Kölner Raffinerie auch das noch vor fünf Jahren erweiterte Chemiewerk stilllegen. Zweihundert Arbeitsplätze sind schon weg bei der Raffinerie, tausend sollen dazu kommen. Die Esso hat neue Anweisungen der Exxon bekommen, die ihre Europaverkaufsstrategie ändert, wobei die bisherigen belgischen Kunden des Kölner Werks nun von anderen Esso-Werken beliefert werden sollen.

Das macht Herrn Burger ärgerlich. Er wirft den Esso-Chefs Undankbarkeit vor. „Der Firma Esso gegenüber hat sich die Stadt Köln besonders zuvorkommend verhalten.“ So schreibt er es in einem Artikel in der „Zeit“, der er sein Leid klagt. Das mag man ihm nun nicht glauben. Besonders zuvorkommend? Und der arme Ford nebenan soll wirklich nichts mitgekriegt haben? Die Stadt Dortmund, wo sich der Schreiber dieser Zeilen aufhält, macht das ganz anders. Da wird jeder Kapitalist zuvorkommend, ganz besonders zuvorkommend behandelt. Nicht nur für Hoesch gab es neue Straßen, nein, für andere auch. So anders wird das in Köln auch nicht gewesen sein, Herr Burger.

Das alles sei, bei allem Verständnis das er habe, nicht nötig, meint der Oberbürgermeister. Denn: Es sei ja nicht so, daß die Esso Verluste mache. Und schließlich, geradezu revolutionär: Wir leben ja schließlich nicht mehr im Kapitalismus, wo ein Unternehmen für den Profit alles tun darf.

Ja, solche Leute sitzen an der Spitze der Städte. Geradezu zähnefleischende Feinde des Kapitalismus wie der Herr Burger. Ist es da nicht logisch, daß das scheue Rehlein, Kapital genannt, sich auf die Flucht macht?

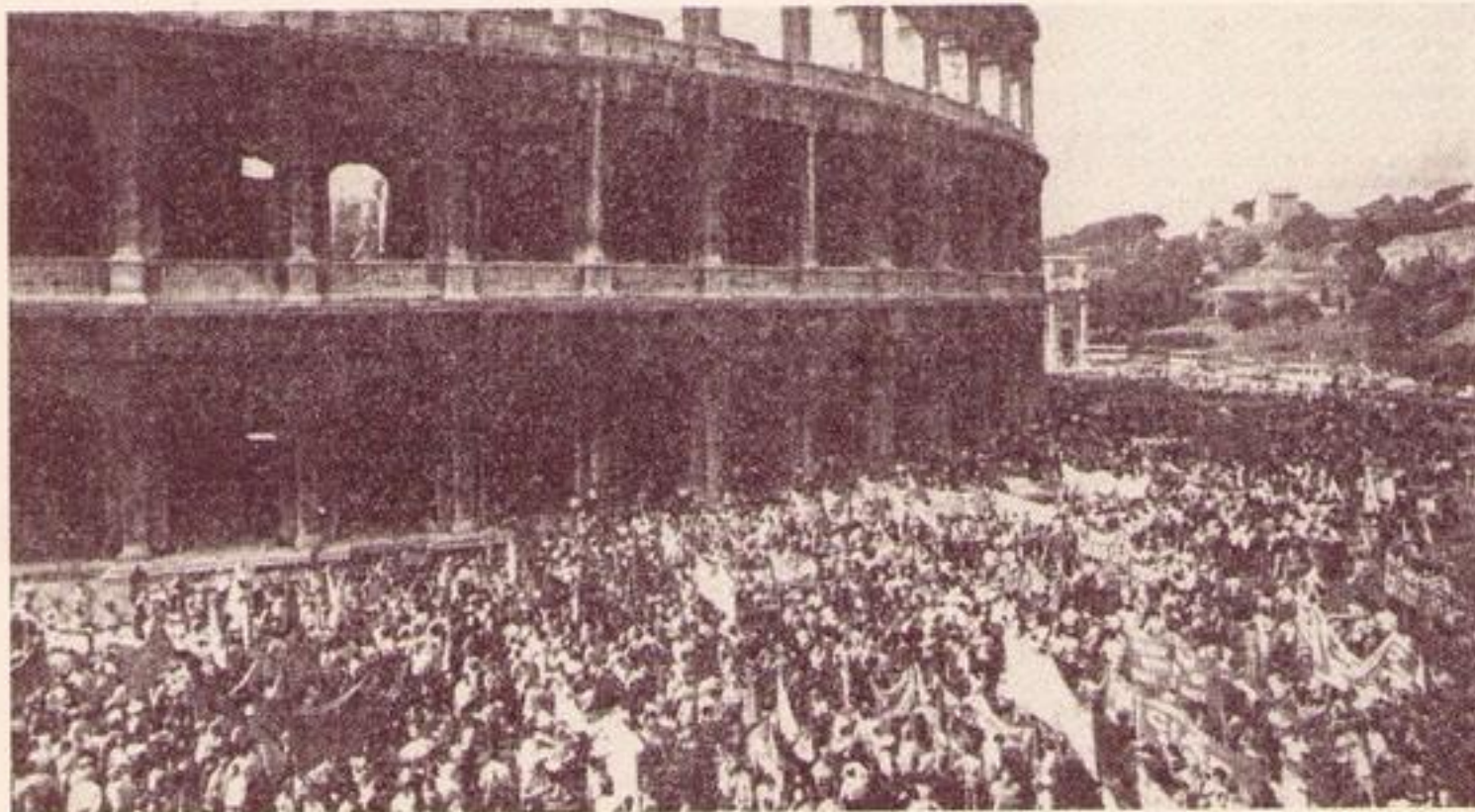
Denn er stößt echte Drohungen aus, will Steuern erhoben sehen und andere Gegenmaßnahmen eingeleitet. Und deshalb hat er auch... einen Brief an den Bundeskanzler geschrieben.

Es ist ein Kreuz mit solchen Antikapitalisten. Immer wenn sie gerade ihre Zähne fletschen, fällt ihnen das Gebiß raus. Zum Schluß bleibt ihm dann nur noch die Hoffnung. Auf Esso natürlich. Daß man dort umdenkt. Auf die soziale Marktwirtschaft, die, logisch nach Herrn Burgers Aussagen, nur dann Betriebsschließungen dulden kann, wenn Verluste gemacht werden.

Also könnten jetzt zum Beispiel die Esso-Bosse einen Kredit aufnehmen, dessen Tilgung sie in rote Zahlen bringen könnten. Beispielsweise bei der Chase Manhattan Bank, dann bleibt es in der Rockefeller-Familie. Dann könnte man einen Abschied mit Tränen inszenieren.

Man könnte aber beispielsweise auch eine andere Rechnung aufmachen, indem man den Herren des Ölmultis die Preise für die bisherigen Vergünstigungen einfach nachbezahlen läßt. Oder? Die Kölner Bürger hätten dann endlich mal einen, der ihnen auf der Tasche liegt, am Wickel. Man könnte noch einiges mehr. Als unerwünschten Ausländer ausweisen zum Beispiel. Aber dazu brauchten Herr Burger und seine antikapitalistischen Freunde ein Gebiß, mit dem man mehr sagen kann, als immer nur „soziale Marktwirtschaft“ hecheln.

hrw



Vatikan, Mafia und Finanzkapital — das ist eine unheilige Allianz gegen die italienische Arbeiterschaft.

lichsten Storys über dunkle Geschäfte und Verbindungen wenn nicht zu glauben, so doch als möglich zu betrachten.

Da findet man nun also in London den erhängten Roberto Calvi, Chef der Mailänder Banco Ambrosiano unter der Blackfriars Bridge, der Brücke der schwarzen Brüder. Doch nicht von diesem seltsamen, Edgar-Wallace-reifen Namen kommt die Vermutung, daß andere Schwarzkuttungen damit zu tun haben, sondern aus den engsten geschäftlichen Verbindungen zwischen Calvi und dem Vatikan.

Die Banco Ambrosiano war keine x-beliebige kleine Privatbank. Sie hatte Einlagen von über 30 Milliarden Mark, einen

Privatbank machte. Mit Unterstützung des Vatikans wurde die Banco Ambrosiano zum Hauptaktionär der größten italienischen Verlagsgruppe (und des Corriere della sera) und des zweitgrößten Versicherungskonzerns des Landes. Mit Hilfe der staatenlosen, keiner Aufsicht unterworfenen IOR-Bank des Papst-Stellvertreters Marcinkus wurde auf illegale Weise ein Netz von Tochter- und Briefkastenfirmen im Ausland geschaffen, das die Vorherrschaft Calvis über die Bank ebenso festigte, wie den Einfluß des offiziell nur mit 1,5 Prozent beteiligten Vatikans. Das alles geschah im offenen Widerspruch zum 1976 erlassenen Devisengesetz, das die Ausfuhr von Kapital verbot.

wird untersucht, dabei fehlen plötzlich 200 Millionen Dollar. Man läßt ihn fallen. Plötzlich keine Freunde mehr im Quirinal, keine mehr im Parlament, und auch die Geheimtürchen des Vatikans bleiben verriegelt. Calvi kennt die Gepflogenheiten. Er ist tabu. Was auch heißt: Er steht auf irgendeiner Abschußliste. Auch für alte Rache freigegeben, sozusagen. Also haut er ab. Wohin weiß niemand, bis man ihn aufgehängt findet.

Die Banco Ambrosiano aber ist faktisch zusammengebrochen: Es fehlen 1,4 Milliarden Dollar. Bezahlen soll jetzt der Vatikan bzw. die IOR, ohne die weder Aufstieg noch dunkle Geschäfte möglich gewesen wäre, aber auch die Banca d'Italia.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: (0231) 433691 und 433692.

- | | |
|---|---|
| 4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr. | 7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1. |
| 4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Jochenstr. 110 | 2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr. |
| 2800 Bremen (Wall), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr. | 5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treffpunkt Weststadt, Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554165, geöffnet: Mi + Fr 17 - 18.30 Uhr. |
| 4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr. | 4500 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Rote Land-Pfanz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 062 / 523966. |
| 4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92) | 7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr. |
| 4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Felde, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014. | |
| 4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr. | |
| 6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611 / 491918. | Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr. |